

Verordnung

der Bundesregierung

Verordnung zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung in der Freien und Hansestadt Hamburg

A. Problem und Ziel

Die Internationale EU-LAK-Stiftung wurde im Oktober 2011 mit dem Auftrag gegründet, die strategische Partnerschaft und den Dialog zwischen der Europäischen Union (EU) und ihren Mitgliedstaaten einerseits und der Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) andererseits unter Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Akteure zu vertiefen. Die EU-LAK-Stiftung trägt durch ihre Tätigkeit zur Konvergenz des Handelns der EU und ihrer Mitglieder gegenüber der Region Lateinamerikas und der Karibik bei.

Die Bundesregierung hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Freie und Hansestadt Hamburg zum Sitz der Stiftung bestimmt wurde.

Von Beginn an war es Konsens der EU, ihrer Mitgliedstaaten und der Staaten Lateinamerikas und der Karibik, die EU-LAK-Stiftung als internationale Organisation zu konstituieren, um den biregionalen Charakter der Stiftung zu betonen. Die Gründung als Stiftung deutschen Rechts 2011 diente lediglich einer beschleunigten Arbeitsaufnahme. Am 25. Oktober 2016 wurde schließlich das Übereinkommen zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung (im Folgenden: Übereinkommen) unterzeichnet, um die Stiftung deutschen Rechts in eine zwischenstaatliche internationale Organisation umzuwandeln. Am 28. Juli 2017 trat das innerstaatliche Gesetz zum Übereinkommen in Kraft, das die Voraussetzungen nach Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die nach Artikel 24 des Übereinkommens vorgesehene Ratifikation schuf. Die deutsche Ratifikationsurkunde ist am 26. Oktober 2017 beim Generalsekretär des Rates der Europäischen

Union hinterlegt worden. Bei Hinterlegung der Beitrittsurkunde hat Deutschland die Erklärung abgegeben, dass in dem nach Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens abzuschließenden Sitzabkommen keine steuerlichen Vorrechte eingeräumt werden können, die über die in Artikel 20 Absatz 5 und 6 des Übereinkommens festgelegten Vergünstigungen hinausgehen (Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Übereinkommens zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung vom 23. Oktober 2020, BGBl. 2020 II S. 774).

Das Übereinkommen ist nach seinem Artikel 25 Absatz 1 am 17. Mai 2019 in Kraft getreten. Bis zum heutigen Datum haben 25 Mitgliedstaaten der EU sowie 20 Mitgliedstaaten der CELAC das Übereinkommen ratifiziert.

Das Übereinkommen bestätigt in Artikel 2 Absatz 2 die Freie und Hansestadt Hamburg als Sitz der EU-LAK-Stiftung.

Der Abschluss eines Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung (im Folgenden: Sitzabkommen) ist in Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens angelegt. In dem Sitzabkommen sollen die Rechtsstellung, die Vorrechte und die Immunitäten der Stiftung, des Stiftungsrats, des Präsidenten, des Geschäftsführenden Direktors, der Bediensteten sowie der Vertreter der Mitglieder im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der Wahrnehmung ihrer Aufgaben geregelt werden.

Die Unterzeichnung des Sitzabkommens erfolgte am 11. Mai 2023, die Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt am 17. August 2023 (BGBl. 2023 II Nr. 252).

B. Lösung

Mit der vorliegenden Verordnung werden auf der Grundlage der Verordnungsermächtigung in § 5 Gaststaatgesetz (GastStG) die innerstaatlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, dass das Sitzabkommen in Kraft tritt. Die Verordnung bedarf nach § 5 Satz 4 GastStG der Zustimmung des Bundesrats.

C. Alternativen

Keine.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Durch das Inkrafttreten des Sitzabkommens entstehen keine unmittelbaren zusätzlichen Kosten für die öffentlichen Haushalte.

Der Bund leistet zurzeit über einen beim Auswärtigen Amt angesiedelten Haushaltstitel einen freiwilligen ungebundenen Beitrag an die Internationale EU-LAK-Stiftung, der von Haushaltsjahr zu Haushaltsjahr variieren kann. Die Bundesrepublik Deutschland kann nicht beeinflussen, wofür dieser Beitrag verwendet wird. Die Mittel sind jedoch ausschließlich für die Tätigkeit der Stiftung zu verwenden. Nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens stellt die Bundesregierung im Rahmen ihres Finanzbeitrags an die Stiftung geeignete und angemessen ausgestattete Räumlichkeiten zur Verfügung.

Die Haushaltsausgaben ändern sich durch die vorliegende Rechtsverordnung nicht.

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für Bürgerinnen und Bürger

Keiner.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Keiner.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Keiner.

F. Weitere Kosten

Keine.

01. 11. 23

AA

**Verordnung
der Bundesregierung**

**Verordnung
zu dem Abkommen zwischen
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Internationalen EU-LAK-Stiftung
über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung
in der Freien und Hansestadt Hamburg**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 1. November 2023

An die
Präsidentin des Bundesrates

Hiermit übersende ich die von der Bundesregierung beschlossene

Verordnung zu dem Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung in der Freien und Hansestadt Hamburg

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Zustimmung des Bundesrates aufgrund des Artikels 80 Absatz 2 des Grundgesetzes herbeizuführen.

Federführend ist das Auswärtige Amt.

Olaf Scholz

Verordnung der Bundesregierung

**Verordnung
zu dem Abkommen vom 11. Mai 2023
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Internationalen EU-LAK-Stiftung
über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung
in der Freien und Hansestadt Hamburg**

Vom

Auf Grund des § 5 des Gaststaatgesetzes vom 30. November 2019 (BGBl. I S. 1929) verordnet die Bundesregierung:

Artikel 1

Das in Berlin am 11. Mai 2023 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung wird hiermit in Kraft gesetzt und die in Teil 2 Kapitel 2 und 3 des Gaststaatgesetzes vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden in dem aus dem Abkommen ersichtlichen Umfang gewährt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tag in Kraft, an dem das Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Abkommen außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens und der Tag des Außerkrafttretens sind im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Der Bundesrat hat zugestimmt.

Berlin, den

Der Bundeskanzler

Die Bundesministerin des Auswärtigen

Begründung

A. Allgemeiner Teil

I. Zielsetzung und Notwendigkeit der Regelungen

Die Verordnung dient der innerstaatlichen Inkraftsetzung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung in Hamburg (im Folgenden: Sitzabkommen) auf der Grundlage von § 5 des Gaststaatsgesetzes vom 30. November 2019 (BGBl. I S. 1929, im Folgenden: GastStG). Das Sitzabkommen schafft die Grundlagen für die Ansiedlung der Internationalen EU-LAK-Stiftung in Hamburg.

Die Regelungen des Sitzabkommens beruhen im Wesentlichen auf den Vorschriften des GastStG. Sie betreffen unter anderem die Rechtsstellung der Internationalen EU-LAK-Stiftung und die Gewährung gewisser Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen. Bei der Internationalen EU-LAK-Stiftung handelt es sich um eine internationale Organisation gemäß § 3 GastStG.

II. Wesentlicher Inhalt des Entwurfs

Die Verordnung setzt das am 11. Mai 2023 unterzeichnete Sitzabkommen in Kraft. Damit verbunden sind für die Bediensteten der Internationalen EU-LAK-Stiftung gewisse Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gemäß § 5 Satz 2 und 3 GastStG.

III. Alternativen

Keine. Die Bundesregierung ist Vertragspartei des Sitzabkommens und hat daher die erforderlichen Maßnahmen zur innerstaatlichen Umsetzung des Sitzabkommens zu veranlassen.

IV. Regelungskompetenz

Ermächtigungsgrundlage für den Erlass der Verordnung mit Zustimmung des Bundesrats ist § 5 GastStG.

V. Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und völkerrechtlichen Verträgen

Die Verordnung ist mit dem Recht der Europäischen Union und mit den völkerrechtlichen Verträgen, die die Bundesrepublik Deutschland abgeschlossen hat, vereinbar.

VI. Regelungsfolgen

Durch die innerstaatliche Inkraftsetzung des Sitzabkommens erfüllt die Bundesregierung die mit diesem Abkommen eingegangenen Verpflichtungen gegenüber der Internationalen EU-LAK-Stiftung.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Gemäß § 5 Satz 1 GastStG stimmt die Bundesregierung der Ansiedlung der Internationalen EU-LAK-Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland durch Rechtsverordnung zu. Nach § 5 Satz 2 und 3 GastStG setzt die Bundesregierung in der Verordnung das Sitzabkommen in Kraft und bestimmt, in welchem Umfang die im GastStG vorgesehenen Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 tritt diese Verordnung zu dem Zeitpunkt außer Kraft, zu dem das Sitzabkommen außer Kraft tritt.

Nach Absatz 3 ist der Zeitpunkt, in dem das Sitzabkommen mit der Internationalen EU-LAK-Stiftung nach seinem Artikel 32 Absatz 1 in Kraft oder außer Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Für den Bund ergeben sich keine unmittelbaren zusätzlichen finanziellen Belastungen. Die freiwilligen und ungebundenen Beiträge des Bundes zur Internationalen EU-LAK-Stiftung werden bereits gezahlt.

Auch Länder und Gemeinden werden nicht unmittelbar mit Kosten belastet.

Auswirkungen auf Einzelpreise und auf das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind durch die Verordnung nicht zu erwarten, da keine Kosten für Wirtschaft und private Verbraucher entstehen.

Die Rechtsverordnung bedarf nach § 5 Satz 4 GastStG der Zustimmung des Bundesrates.

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Internationalen EU-LAK-Stiftung
über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung

Agreement
between the Government of the Federal Republic of Germany
and the EU-LAC International Foundation
concerning the Headquarters of the EU-LAC International Foundation

Acuerdo
entre el Gobierno de la República Federal de Alemania
y la Fundación Internacional UE-ALC
sobre la Sede de la Fundación Internacional UE-ALC

Die Regierung der Bundesrepublik
Deutschland

und

die Internationale EU-LAK-Stiftung –

gestützt auf das Übereinkommen vom 25. Oktober 2016 zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung, das nach seinem Artikel 25 Absatz 1 am 17. Mai 2019 in Kraft getreten ist,

im Hinblick darauf, dass die Stiftung nach Artikel 2 Absatz 2 des Übereinkommens zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung ihren Sitz in der Freien und Hansestadt Hamburg hat,

gestützt auf das am 6. Dezember 2019 in Kraft getretene Gesetz über die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen in der Bundesrepublik Deutschland als Gaststaat internationaler Einrichtungen (Gaststaatgesetz), das nach seinem § 39 Rechte und Pflichten aus vor seinem Inkrafttreten bestehenden Abkommen, bei denen die Bundesrepublik Deutschland Vertragspartei ist, mit Bezug auf Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen unberührt lässt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

In diesem Abkommen haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:

1. „Allgemeines VN-Übereinkommen“ bezeichnet das Übereinkommen vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen (BGBl. 1980 II S. 941, 943);

The Government of the Federal Republic
of Germany

and

the EU-LAC International Foundation,

Having regard to the Agreement of 25 October 2016 establishing the EU-LAC International Foundation, which entered into force on 17 May 2019 in accordance with Article 25(1) thereof,

Noting that, pursuant to Article 2 (2) of the Agreement establishing the EU-LAC International Foundation, the Foundation has its headquarters in the Free and Hanseatic City of Hamburg,

Having regard to the Act on Privileges, Immunities, Exemptions and Facilities in the Federal Republic of Germany as Host State to International Agencies (Host State Act), which entered into force on 6 December 2019 and which, in accordance with section 39 thereof, does not affect rights and obligations arising from existing agreements concluded prior to its entry into force to which the Federal Republic of Germany is a party and which concern privileges, immunities, exemptions and facilities,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

In this Agreement, the following terms shall have the following meanings:

1. 'UN General Convention' means the Convention of 13 February 1946 on the Privileges and Immunities of the United Nations (Federal Law Gazette 1980 II p. 941, 943);

El Gobierno de la República Federal
de Alemania

y

la Fundación Internacional UE-ALC,

en virtud del Acuerdo por el que se crea la Fundación Internacional UE-ALC, del 25 de octubre de 2016, el cual, conforme a su artículo 25, párrafo 1, entró en vigor el 17 de mayo de 2019,

en vista de que, conforme al artículo 2, párrafo 2, del Acuerdo por el que se crea la Fundación Internacional UE-ALC, la Fundación tiene su sede en la Ciudad Libre y Hanseática de Hamburgo,

en virtud de la Ley de Privilegios, Inmunidades, Exenciones y Facilidades en la República Federal de Alemania como Estado Anfitrión de Organismos Internacionales (Ley del Estado Anfitrión), que entró en vigor el 6 de diciembre de 2019 y que, conforme a su artículo 39, no afecta los derechos y obligaciones relativos a los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades derivados de acuerdos existentes concertados antes de su entrada en vigor de los que es Parte la República Federal de Alemania,

han acordado lo siguiente:

Artículo 1

Definiciones

En el presente Acuerdo las expresiones mencionadas a continuación tendrán el siguiente significado:

1. "Convención General de las Naciones Unidas" designa la Convención sobre Prerrogativas e Inmunidades de las Naciones Unidas (Boletín Oficial Federal 1980 II, págs. 941, 943), del 13 de febrero de 1946;

- | | | |
|--|--|--|
| <p>2. „Wiener Übereinkommen“ bezeichnet das Wiener Übereinkommen vom 18. April 1961 über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 957, 958);</p> | <p>2. 'Vienna Convention' means the Vienna Convention of 18 April 1961 on Diplomatic Relations (Federal Law Gazette 1964 II p. 957, 958);</p> | <p>2. “Convención de Viena” designa la Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas (Boletín Oficial Federal 1964 II págs. 957, 958), del 18 de abril de 1961;</p> |
| <p>3. „Übereinkommen“ bezeichnet das Übereinkommen vom 25. Oktober 2016 über die Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung;</p> | <p>3. 'Constituent Agreement' means the Agreement of 25 October 2016 establishing the EU-LAC International Foundation;</p> | <p>3. “Acuerdo Constitutivo” designa el Acuerdo por el que se crea la Fundación Internacional UE-ALC, del 25 de octubre de 2016;</p> |
| <p>4. „Stiftung“ bezeichnet die Internationale EU-LAK-Stiftung;</p> | <p>4. 'Foundation' means the EU-LAC International Foundation;</p> | <p>4. “Fundación” designa a la Fundación Internacional UE-ALC;</p> |
| <p>5. „Regierung“ bezeichnet die Regierung der Bundesrepublik Deutschland;</p> | <p>5. 'Government' means the Government of the Federal Republic of Germany;</p> | <p>5. “Gobierno” designa al Gobierno de la República Federal de Alemania;</p> |
| <p>6. „Sitzgelände“ bezeichnet ungeachtet der Eigentumsverhältnisse die Gebäude und Bauten (Räumlichkeiten), Ausstattung und sonstige Einrichtungen und Anlagen sowie die umgebenden Flächen, die nach diesem Abkommen oder einem sonstigen Rechtsakt von der Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland in Besitz genommen und genutzt werden;</p> | <p>6. 'Headquarters District' means, irrespective of the ownership thereof, the buildings and structures (premises), their equipment and other installations and facilities, as well as the surrounding grounds occupied and used by the Foundation in the Federal Republic of Germany under this Agreement or any other legal act;</p> | <p>6. “distrito de la sede” designa, sin importar su tenencia, los edificios y las construcciones (locales), el equipamiento y demás oficinas e instalaciones, así como los terrenos circundantes ocupados y utilizados por la Fundación en la República Federal de Alemania conforme al presente Acuerdo o cualquier otro acto jurídico;</p> |
| <p>7. die „deutsche Staatsangehörigkeit“ haben Personen, die Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sind;</p> | <p>7. 'German Nationality' is held by individuals who are Germans within the meaning of Article 116 (1) of the Basic Law for the Federal Republic of Germany (<i>Grundgesetz</i>);</p> | <p>7. poseen la “nacionalidad alemana” las personas consideradas alemanas de conformidad con el artículo 116, apartado 1, de la Ley Fundamental de la República Federal de Alemania (<i>Grundgesetz</i>);</p> |
| <p>8. „amtliche Tätigkeiten“ bezeichnet alle von der Stiftung zur Erreichung ihrer in Artikel 5 des Übereinkommens festgelegten Ziele ausgeübten Tätigkeiten einschließlich ihrer Verwaltungstätigkeit;</p> | <p>8. 'Official Activities' means all activities carried out by the Foundation in pursuit of its objectives as set out in Article 5 of the Constituent Agreement, including its administrative activities;</p> | <p>8. “actividades oficiales” designa todas las actividades realizadas por la Fundación con la finalidad de alcanzar los objetivos establecidos en el artículo 5 del Acuerdo Constitutivo, incluidas sus actividades administrativas;</p> |
| <p>9. „Bedienstete“ bezeichnet den Geschäftsführenden Direktor der Stiftung und alle Mitarbeiter der Stiftung, die vom Geschäftsführenden Direktor ernannt werden, mit Ausnahme der Ortskräfte, die nach Stunden bezahlt werden, oder externen Dienstleistern, die für bestimmte Zwecke beauftragt werden;</p> | <p>9. 'Official' means the Executive Director of the Foundation and all members of staff of the Foundation appointed by the Executive Director, with the exception of local staff paid by the hour and external service providers engaged for specific purposes;</p> | <p>9. “funcionarios” designa al Director Ejecutivo de la Fundación y a todo el personal de la misma nombrado por el Director Ejecutivo, excepto el personal local remunerado por hora o los prestadores de servicios externos contratados con fines específicos;</p> |
| <p>10. „Unmittelbare Angehörige“ von Bediensteten der Stiftung bezeichnet die in ihrem Haushalt lebenden</p> <p>a) Ehegatten, gleichgeschlechtlichen Lebenspartner,</p> <p>b) Kinder bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, oder, wenn sie unterhaltsberechtig sind, bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres,</p> <p>c) Kinder ohne Rücksicht auf ihr Alter, wenn sie als behinderte Menschen auf den Unterhalt des Bediensteten angewiesen sind.</p> <p>Kinder im Sinne dieses Abkommens sind auch Personen, die auf Grund nationaler oder internationaler Rechtsvorschriften als Kinder des Bediensteten gelten;</p> | <p>10. 'Immediate Family Members' of Officials of the Foundation means the following individuals who live in the same household:</p> <p>a) spouses, same-sex partners,</p> <p>b) children up to the age of 18 or, if they are entitled to maintenance, up to the age of 25,</p> <p>c) children irrespective of their age if, as people with disabilities, they are dependent on the financial support of the Official.</p> <p>For the purposes of this Agreement, children also refers to individuals who are deemed to be children of the Official on the basis of provisions in national or international law;</p> | <p>10. “familiares directos” de funcionarios de la Fundación designa a las siguientes personas que convivan con ellos:</p> <p>a) cónyuges, parejas del mismo sexo,</p> <p>b) hijos de hasta 18 años o, en caso de estar a cargo del funcionario, de hasta 25 años,</p> <p>c) hijos, independientemente de su edad, si, a causa de una discapacidad, su sustento depende del funcionario.</p> <p>También son hijos de conformidad con el presente Acuerdo las personas que sean consideradas hijos del funcionario en virtud de disposiciones legales nacionales o internacionales.</p> |
| <p>11. „Sachverständige im Auftrag“ bezeichnet Personen mit Ausnahme der Bediensteten, die Aufträge für die Stiftung durchführen und die, soweit sie für die Vereinten Nationen tätig sind, in den</p> | <p>11. 'Experts on Missions' means individuals, other than Officials, who undertake missions for the Foundation and who, insofar as they work for the United Nations, come within the scope of</p> | <p>11. “peritos que formen parte de misiones” designa a las personas, aparte de los funcionarios, en el desempeño de misiones de la Fundación que, en la medida en que trabajen para las Naciones</p> |

Geltungsbereich der Artikel VI und VII des Allgemeinen VN-Übereinkommens fallen.

Articles VI and VII of the UN General Convention.

Unidas, estén incluidas en el ámbito de aplicación de los artículos VI y VII de la Convención General de las Naciones Unidas.

Artikel 2

Zweck und Geltungsbereich des Abkommens

Dieses Abkommen dient der Regelung der Rechtsstellung der Stiftung, insbesondere hinsichtlich bestimmter Vorrechte und Immunitäten, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben wirksam wahrzunehmen, und hinsichtlich der Maßnahmen für die Umsetzung dieser Vorrechte und Immunitäten.

Article 2

Purpose and Scope of the Agreement

This Agreement serves to regulate the legal status of the Foundation, in particular with regard to certain privileges and immunities, so as to enable it to perform its tasks effectively, and with regard to measures to be taken for the implementation of these privileges and immunities.

Artículo 2

Objetivo y ámbito de aplicación del Acuerdo

El presente Acuerdo tiene como objeto regular la condición jurídica de la Fundación, en particular, respecto a ciertos privilegios e inmunidades que le permitan realizar sus tareas de forma eficaz, así como respecto a las medidas destinadas a la implementación de dichos privilegios e inmunidades.

Artikel 3

Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit

Die Stiftung ist eine Internationale Organisation im Sinne von § 3 des Gaststaatesgesetzes und besitzt Rechtspersönlichkeit. Sie besitzt die Fähigkeit, Verträge zu schließen, bewegliches und unbewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern und vor Gericht zu stehen.

Article 3

Juridical Personality and Legal Capacity

The Foundation is an international organisation within the meaning of section 3 of the Host State Act and has juridical personality. It has the capacity to contract, to acquire and dispose of movable and immovable property and to be party to legal proceedings.

Artículo 3

Personalidad jurídica y capacidad jurídica

La Fundación es una organización internacional de conformidad con artículo 3 de la Ley del Estado Anfitrión y posee personalidad jurídica. La Fundación posee la capacidad de contratar, adquirir y disponer de bienes muebles e inmuebles y comparecer en juicio.

Artikel 4

Sitz

Der Sitz der Stiftung ist in der Freien und Hansestadt Hamburg.

Article 4

Headquarters

The headquarters of the Foundation are in the Free and Hanseatic City of Hamburg.

Artículo 4

Sede

La Fundación tiene su sede en la Ciudad Libre y Hanseática de Hamburgo.

Artikel 5

Unverletzlichkeit des Sitzgeländes

(1) Das Sitzgelände ist unverletzlich. Die zuständigen deutschen Behörden betreten das Sitzgelände zur Wahrnehmung einer Amtspflicht nur mit ausdrücklicher Zustimmung oder auf Ersuchen des Geschäftsführenden Direktors der Stiftung. Gerichtliche Maßnahmen und die Zustellung oder Vollstreckung gerichtlicher Verfügungen einschließlich der Pfändung von Privateigentum können auf dem Sitzgelände nur mit Zustimmung der Stiftung erfolgen.

(2) Das Vermögen, die Gelder und die Guthaben der Stiftung, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, sind der Durchsuchung, Pfändung, Beschlagnahme, Einziehung, Enteignung und jeder sonstigen Form eines Eingriffs durch die vollziehende Gewalt, die Verwaltung, die Justiz oder die Gesetzgebung entzogen.

(3) Bei Feuer oder einem anderen Unglücksfall, der sofortige Schutzmaßnahmen erforderlich macht, oder in dem Fall, dass die zuständigen Behörden triftige Gründe zu der Annahme haben, dass auf dem Sitzgelände ein solcher Unglücksfall eingetreten ist oder bevorsteht, wird die Zustimmung der Stiftung zu jedem notwendigen Betreten des Sitzgeländes vermutet.

(4) Vorbehaltlich der Absätze 1, 2 und 3 ergreifen die zuständigen Behörden die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Sitzgeländes vor Feuer oder anderen Unglücksfällen.

Article 5

Inviolability of the Headquarters District

(1) The Headquarters District shall be inviolable. The competent German authorities shall enter the Headquarters District to perform an official duty only with the express consent or at the request of the Executive Director of the Foundation. Judicial actions and the service or execution of legal process, including the seizure of private property, may be effected in the Headquarters District only with the consent of the Foundation.

(2) The property, funds and assets of the Foundation, irrespective of where and by whom they are held, shall be immune from search, seizure, requisition, confiscation, expropriation and any other form of interference by executive, administrative, judicial or legislative action.

(3) In the event of fire or other emergency requiring immediate protective action, or if the competent authorities have reasonable cause to believe that such an emergency has occurred or is about to occur in the Headquarters District, the consent of the Foundation to any necessary entry into the Headquarters District shall be presumed.

(4) Subject to paragraphs (1), (2) and (3), the competent authorities shall take the necessary action to protect the Headquarters District against fire or other emergency.

Artículo 5

Inviolabilidad del distrito de la sede

(1) El distrito de la sede será inviolable. Las autoridades competentes alemanas ingresarán en el distrito de la sede a fin de ejercer una función oficial exclusivamente con el consentimiento expreso o a petición del Director Ejecutivo de la Fundación. Las medidas judiciales o la notificación o ejecución de órdenes judiciales, incluida la requisición de bienes privados, podrán efectuarse en el distrito de la sede exclusivamente con consentimiento de la Fundación.

(2) Los bienes, fondos y haberes de la Fundación, dondequiera que se encuentren y en poder de quienquiera que sea, gozarán de inmunidad contra allanamiento, embargo, requisición, confiscación y expropiación y contra toda otra forma de interferencia por parte de los poderes ejecutivo, judicial o legislativo o por actos administrativos.

(3) En caso de incendio u otra emergencia que requiera medidas de protección inmediatas o en caso de que las autoridades competentes tengan motivos fundados para suponer que ha ocurrido o está por ocurrir una emergencia tal en el distrito de la sede se presumirá el consentimiento de la Fundación para cualquier ingreso necesario en el distrito de la sede.

(4) Sin perjuicio de los párrafos 1, 2 y 3, las autoridades competentes adoptarán las medidas necesarias para proteger el distrito de la sede de un incendio u otra emergencia.

(5) Die Stiftung kann Personen wegen Verletzung ihrer Vorschriften des Sitzgeländes verweisen oder ihnen das Betreten desselben verbieten.

(6) Die Stiftung wird es nicht zulassen, dass das Sitzgelände für Personen, gegen die ein strafrechtliches Urteil ergangen ist oder die verfolgt werden, nachdem sie auf frischer Tat betroffen wurden, oder gegen die von den zuständigen Behörden ein Haftbefehl, eine Auslieferungsanordnung oder ein Ausweisungs- oder Abschiebungsbeschluss erlassen worden ist, eine Zuflucht vor der Justiz wird.

(7) Jeder Standort innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, der zeitweilig für Tagungen der Stiftung genutzt werden kann, gilt mit Zustimmung der Regierung für die Dauer derartiger Tagungen als zum Sitzgelände gehörend.

(5) The Foundation may expel or exclude individuals from the Headquarters District for violating its regulations.

(6) The Foundation shall not permit the Headquarters District to become a refuge from justice for individuals against whom a criminal conviction has been passed or who are wanted after being observed in an act of wrongdoing, or against whom the competent authorities have issued an arrest warrant, extradition order or expulsion or deportation decision.

(7) Any location within the Federal Republic of Germany that may be used temporarily for meetings of the Foundation shall, with the consent of the Government, be deemed to belong to the Headquarters District for the duration of such meetings.

(5) La Fundación podrá expulsar a personas del distrito de la sede o prohibirles el ingreso por violación de sus reglamentos.

(6) La Fundación no permitirá que el distrito de la sede se convierta en un refugio para escapar de la justicia para personas contra las que haya sido pronunciada una sentencia penal o que estén siendo perseguidas tras haber sido sorprendidas en delito flagrante o contra las que las autoridades competentes hayan emitido una orden de detención o extradición o una resolución de expulsión o deportación.

(7) Todo sitio dentro de la República Federal de Alemania que pueda ser utilizado temporalmente para sesiones de la Fundación será considerado, con el consentimiento del Gobierno, como parte del distrito de la sede mientras duren tales sesiones.

Artikel 6

Auf dem Sitzgelände anwendbare Bestimmungen

(1) Das Sitzgelände untersteht der Autorität und Kontrolle der Stiftung.

(2) Auf dem Sitzgelände gelten die Gesetze und sonstigen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland.

(3) Die Stiftung ist befugt, Vorschriften zu erlassen, die auf dem gesamten Sitzgelände gelten, um dort die Bedingungen festzulegen, die in jeder Hinsicht zur vollen Wahrnehmung ihrer Aufgaben erforderlich sind. Diese Vorschriften müssen zur Durchführung ihrer Maßnahmen und Tätigkeiten in Erfüllung ihres Mandats sowie zur Schaffung der für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben und die Erfüllung ihrer Zwecke erforderlichen Bedingungen notwendig sein. Die Stiftung wird die zuständigen Behörden umgehend über die nach diesem Absatz erlassenen Vorschriften unterrichten. Soweit innerstaatlich geltendes Recht mit einer nach diesem Absatz zulässigen Vorschrift der Stiftung unvereinbar ist, gilt auf dem Sitzgelände die Vorschrift der Stiftung, falls ihre Anwendung nicht zu einem Ergebnis führt, das mit den wesentlichen Grundsätzen der deutschen Rechtsordnung, insbesondere den Grundrechten, offensichtlich unvereinbar ist.

(4) Gelangt die Regierung zu der Auffassung, dass eine Vorschrift der Stiftung aus dem in Absatz 3 Satz 4 dargelegten Grund keine Geltung beanspruchen kann, so hat sie diese Frage umgehend dem in Artikel 28 dieses Abkommens geregelten Verfahren zur Beilegung von Streitigkeiten zuzuführen.

(5) Die Arbeitsverträge der Bediensteten sowie von Hausangestellten des Geschäftsführenden Direktors und der Bediensteten werden nach deutschem Recht gestaltet.

Article 6

Provisions Applicable in the Headquarters District

(1) The Headquarters District shall be subject to the authority and control of the Foundation.

(2) The laws and other regulations of the Federal Republic of Germany shall apply in the Headquarters District.

(3) The Foundation shall have the power to issue regulations which apply throughout the Headquarters District in order to create the conditions that are in all respects necessary for it to perform its functions fully. These regulations must be necessary for the Foundation to carry out its measures and activities in fulfilment of its mandate, and to create the conditions necessary for it to perform its functions and to fulfil its purpose. The Foundation shall inform the competent authorities immediately of the regulations adopted under this paragraph. Insofar as applicable national law is incompatible with a permissible regulation issued by the Foundation under this paragraph, the latter shall apply in the Headquarters District, provided its application is not evidently incompatible with fundamental principles of the German legal order, and basic rights in particular.

(4) If the Government concludes that a regulation issued by the Foundation cannot be claimed valid on the grounds set out in paragraph (3) sentence 4, it shall refer the issue immediately to the dispute settlement procedure laid down in Article 28 of this Agreement.

(5) The employment contracts of Officials, as well as those of household employees of the Executive Director and of Officials, shall be drawn up in accordance with German law.

Artículo 6

Disposiciones aplicables en el distrito de la sede

(1) El distrito de la sede estará sujeto a la autoridad y el control de la Fundación.

(2) En el distrito de la sede se aplicarán las leyes y reglamentos de la República Federal de Alemania.

(3) La Fundación estará facultada para dictar reglamentos que se aplicarán en todo el distrito de la sede a fin de crear las condiciones requeridas, en todos los sentidos, para el pleno desempeño de sus tareas. Dichos reglamentos deberán ser necesarios para que la Fundación pueda ejecutar las medidas y actividades destinadas al cumplimiento de su mandato y para crear las condiciones que se requieren para el desempeño de sus tareas y el logro de sus fines. La Fundación informará inmediatamente a las autoridades competentes sobre los reglamentos dictados conforme el presente párrafo. Cuando la legislación interna vigente sea incompatible con un reglamento admisible de la Fundación conforme al presente párrafo, dicho reglamento se aplicará en el distrito de la sede siempre que su aplicación no conlleve una incompatibilidad evidente con los principios fundamentales del orden jurídico alemán, en particular, con los derechos fundamentales.

(4) En caso de que el Gobierno concluya que un reglamento de la Fundación no puede cobrar validez por el motivo expuesto en el párrafo 3, frase 4, habrá de referir la cuestión de inmediato al procedimiento de solución de controversias regulado en el artículo 28 del presente Acuerdo.

(5) Los contratos de trabajo de los funcionarios y del personal doméstico del Director Ejecutivo y de los funcionarios se formularán conforme a la legislación alemana.

(6) Da der Rechtsweg zu deutschen Gerichten in arbeitsrechtlichen Streitigkeiten mit der Stiftung nicht offensteht, wird die Stiftung ihrerseits einen den Garantien der Konvention des Europarates zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zumindest gleichwertigen Schutz für Fälle von Streitigkeiten über die Rechte und Pflichten aus den Arbeitsverträgen der Bediensteten und für Streitigkeiten mit Bewerbern für einen Arbeitsvertrag gewährleisten.

(6) Since there can be no legal recourse to the German courts in labour disputes with the Foundation, the Foundation shall, for its part, guarantee protection at least equivalent to that guaranteed by the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms of the Council of Europe in the event of disputes concerning the rights and obligations arising from the employment contracts of Officials and in the event of disputes with job applicants.

(6) Debido a que en el caso de controversias con la Fundación en materia de derecho laboral no es posible recurrir a la vía judicial ante los tribunales alemanes, la Fundación, por su parte, garantizará una protección por lo menos equivalente a aquella garantizada por el Convenio del Consejo de Europa para la Protección de los Derechos Humanos y de las Libertades Fundamentales para los casos de controversias relativas a los derechos y obligaciones que se deriven de los contratos de trabajo de los funcionarios y en controversias con candidatos a un contrato de trabajo.

Artikel 7

Unverletzlichkeit der Archive und aller Unterlagen der Stiftung

Alle Unterlagen, Materialien und Archive, die der Stiftung zur Verfügung gestellt werden, ihr gehören oder von ihr verwendet werden, sind unverletzlich, ungeachtet ihrer Form oder in wessen Besitz sie sich befinden. Der Ort der Archive und Unterlagen wird den zuständigen Behörden mitgeteilt, wenn es sich dabei um einen anderen Ort als das Sitzgelände handelt.

Article 7

Inviolability of the Foundation's Archives and Documents

All documents, materials and archives made available to, belonging to or used by the Foundation shall be inviolable, regardless of their form or by whom they are held. The location of the archives and documents shall be communicated to the competent authorities if the location is outside the Headquarters District.

Artículo 7

Inviolabilidad de los archivos y de todos los documentos de la Fundación

Todos los documentos, materiales y archivos que sean puestos a disposición de la Fundación, le pertenezcan o sean utilizados por la misma serán inviolables, independientemente de su forma o en poder de quienquiera que sea. Se informará a las autoridades competentes sobre la ubicación de los archivos y documentos en caso de que se trate de un lugar distinto que el distrito de la sede.

Artikel 8

Schutz des Sitzgeländes und seiner Umgebung

(1) Die Gebäudeversorgung wird durch die zuständigen Behörden gewährleistet; dazu zählen Post-, Telefon-, Telegrafien-, Faxvermittlungs- und Onlinedienste, Elektrizitäts-, Wasser- und Gasversorgung sowie Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr, Nahverkehr und Straßenreinigung.

(2) Die zuständigen Behörden haben die erforderliche Sorgfalt anzuwenden, um die Sicherheit des Sitzgeländes zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Tätigkeit der Stiftung nicht durch das Eindringen von Personen oder Gruppen von außen oder durch Unruhen in der unmittelbaren Umgebung des Sitzgeländes beeinträchtigt wird. Die zuständigen Behörden stellen für das Sitzgelände den gegebenenfalls erforderlichen angemessenen Schutz zur Verfügung.

(3) Auf Ersuchen des Geschäftsführenden Direktors der Stiftung stellen die zuständigen Behörden bei Erfordernis Polizeikräfte zur Wahrung von Recht und Ordnung auf dem Sitzgelände oder in seiner unmittelbaren Umgebung sowie zur Entfernung von Personen vom Sitzgelände bereit.

Article 8

Protection of the Headquarters District and its Vicinity

(1) The competent authorities shall ensure the provision of utilities to the buildings; these include postal, telephone, telegraph, fax and internet services, electricity, water, gas, sewage, refuse collection, local transport and street cleaning.

(2) The competent authorities must exercise due diligence to ensure the security of the Headquarters District and to ensure that the activities of the Foundation are not impaired by the intrusion of individuals or groups from outside, or by disturbances in the immediate vicinity of the Headquarters District. The competent authorities shall provide the appropriate protection for the Headquarters District as required.

(3) At the request of the Executive Director of the Foundation and if required the competent authorities shall provide police to uphold law and order in the Headquarters District or in its immediate vicinity, and to remove individuals from the Headquarters District.

Artículo 8

Protección del distrito de la sede y su vecindad

(1) El suministro de servicios públicos de los inmuebles estará garantizado por las autoridades competentes; se incluyen en estos los servicios de correo postal, teléfono, telégrafo, transmisión por fax e internet, el suministro de electricidad, agua y gas, así como el drenaje, la recolección de basura, el transporte público y la limpieza urbana.

(2) Las autoridades competentes habrán de aplicar la diligencia necesaria a fin de garantizar la seguridad del distrito de la sede y asegurar que las actividades de la Fundación no se vean obstaculizadas por la intrusión de personas o grupos desde afuera o por disturbios en la vecindad inmediata del distrito de la sede. Las autoridades competentes ofrecerán la protección adecuada para el distrito de la sede conforme sea necesario.

(3) A petición del Director Ejecutivo de la Fundación, las autoridades competentes pondrán a disposición, en caso necesario, fuerzas policiales a fin de salvaguardar el orden público en el distrito de la sede o en su vecindad inmediata y de retirar a personas del distrito de la sede.

Artikel 9

Haftung für Schäden

Die Stiftung ist nach Maßgabe des innerstaatlichen deutschen Rechts für die Rechtsverletzungen und Schäden haftbar, die auf ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen sind.

Article 9

Liability for Damage

The Foundation shall be liable, in accordance with German national law, for the infringement of any rights or for any damage resulting from its activities in the Federal Republic of Germany.

Artículo 9

Responsabilidad por daños

La Fundación será responsable, con arreglo a la legislación interna alemana, de las violaciones de derechos y los daños que se deriven de sus actividades en la República Federal de Alemania.

Artikel 10**Haftpflichtversicherung**

(1) Unbeschadet der nach diesem Abkommen bestehenden Immunitäten schließt die Stiftung eine Versicherung angemessenen Umfangs ab, um die Haftung für jegliche Verletzungen oder Schäden abzudecken, die durch die Tätigkeit der Stiftung in der Bundesrepublik Deutschland oder durch die Nutzung der Räumlichkeiten Personen, die nicht Bedienstete der Stiftung sind, oder der Regierung entstehen.

(2) Die Versicherung wird mit einem in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen abgeschlossen. Der Versicherungsvertrag muss die Vereinbarung enthalten, dass auf den Vertrag deutsches Recht Anwendung findet. Eine Ausfertigung des Versicherungsvertrags ist der Regierung zu übersenden.

(3) Die Stiftung hat sich nach Kräften darum zu bemühen, dass der Versicherungsvertrag vorsieht, dass jede nicht zu den Bediensteten der Stiftung gehörende Person, die eine Rechtsverletzung oder einen Schaden erleidet, ihre Ansprüche unmittelbar gegen das Versicherungsunternehmen geltend machen kann.

(4) Der Geschäftsführende Direktor, die Bediensteten der Stiftung und die Stiftung schließen für Fahrzeuge, deren Halter sie sind, die Haftpflichtversicherungen ab, die nach den Gesetzen und sonstigen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland erforderlich sind.

Artikel 11**Immunität der
Stiftung, Gelder, Guthaben und
sonstige Vermögenswerte**

(1) Die Stiftung, ihre Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte, gleichviel, wo und in wessen Besitz sie sich befinden, genießen Immunität von der Gerichtsbarkeit, soweit nicht im Einzelfall die Stiftung ausdrücklich darauf verzichtet hat. Ein solcher Verzicht umfasst nicht Vollstreckungsmaßnahmen.

(2) Das Vermögen und die Guthaben der Stiftung sind von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen oder Stillhaltemaßnahmen jeder Art befreit.

(3) Ohne irgendwelchen finanziellen Kontrollen, Regelungen oder Stillhaltemaßnahmen unterworfen zu sein, kann die Stiftung

1. Mittel, Gold oder begebare Wertpapiere jeder Art besitzen und verwenden, Konten in jeder Währung unterhalten und verwalten sowie alle in ihrem Besitz befindlichen Devisen in jede andere Währung umwechseln,
2. ihre Mittel, ihr Gold oder ihre Devisen frei an eine andere Organisation transferieren, und zwar von einem Staat in einen anderen Staat oder innerhalb der Bundesrepublik Deutschland.

Article 10**Liability Insurance**

(1) Without prejudice to the immunities provided for in this Agreement, the Foundation shall take out adequate insurance to cover liability for any injury or damage arising from the activities of the Foundation in the Federal Republic of Germany or from the use of its premises that may be suffered by individuals other than Officials of the Foundation or by the Government.

(2) The insurance shall be taken out with an insurance company authorised to do business in the Federal Republic of Germany. The insurance contract must state that German law applies thereto. A copy of the insurance contract must be sent to the Government.

(3) The Foundation shall use its best endeavours to ensure that the insurance contract provides that any individual, other than an Official of the Foundation, whose rights are infringed or who suffers damage may assert their claims directly against the insurer.

(4) The Executive Director, the Officials of the Foundation and the Foundation shall take out liability insurance as required by the laws and other regulations of the Federal Republic of Germany in respect of any vehicles registered in their name.

Article 11**Immunity of the
Foundation, its Funds, Assets and
Other Property**

(1) The Foundation, its funds, assets and other property, irrespective of where and by whom they are held, shall enjoy immunity from legal process, unless the Foundation has expressly waived that immunity in any individual case. This waiver does not extend to any measure of execution.

(2) The property and assets of the Foundation shall be exempt from restrictions, regulations, controls or moratoria of all kinds.

(3) Without being subject to any financial controls, regulations or moratoria, the Foundation may:

1. hold and use funds, gold or negotiable instruments of all kinds, maintain and operate accounts in any currency, and convert any foreign currency it holds into any other currency;
2. freely transfer its funds, gold or foreign currency to another organisation from one country to another or within the Federal Republic of Germany.

Artículo 10**Seguro de responsabilidad civil**

(1) Sin perjuicio de las inmunidades existentes conforme al presente Acuerdo, la Fundación contratará un seguro adecuado a fin de cubrir la responsabilidad civil por todos los daños y perjuicios causados a personas que no sean funcionarios de la Fundación o al Gobierno que se deriven de las actividades de la Fundación en la República Federal de Alemania o de la utilización de los locales.

(2) El seguro se contratará con una compañía de seguros autorizada para realizar actividades empresariales en la República Federal de Alemania. En el contrato del seguro habrá de convenirse que el contrato estará sujeto a la legislación alemana. Habrá de enviarse al Gobierno una copia del contrato del seguro.

(3) La Fundación procurará con todos los medios a su alcance que el contrato del seguro disponga que toda persona que no sea un funcionario de la Fundación y que sea objeto de una violación de derechos o de un daño, pueda hacer valer sus derechos directamente ante la compañía de seguros.

(4) El Director Ejecutivo, los funcionarios de la Fundación y la Fundación contratarán para los vehículos de los cuales sean titulares los seguros de responsabilidad civil requeridos conforme a las disposiciones de la República Federal de Alemania.

Artículo 11**Inmunidad de la
Fundación, sus fondos, haberes y
otros bienes**

(1) La Fundación, sus fondos, haberes y otros bienes, dondequiera que se encuentren y en poder de quienquiera que sea, gozarán de inmunidad contra todo proceso judicial, siempre y cuando la Fundación no haya renunciado a ella explícitamente en un caso concreto. Una renuncia tal no comprende medidas de ejecución.

(2) Los bienes y haberes de la Fundación estarán exentos de toda clase de restricciones, reglamentaciones, controles o moratoria.

(3) Sin estar sujeta a controles financieros, reglamentaciones o moratorias de ninguna clase, la Fundación podrá:

1. poseer y utilizar recursos, oro o valores negociables de cualquier clase, mantener y administrar cuentas en cualquier divisa, así como convertir cualquier divisa que esté en su poder a cualquier otra moneda,
2. transferir libremente sus recursos, oro o divisas a otra organización, ya sea de un país a otro o dentro de la República Federal de Alemania.

(4) Bei der Ausübung der Rechte nach Absatz 1 berücksichtigt die Stiftung alle Vorstellungen der zuständigen Behörden, soweit sie dies nach ihrem Dafürhalten tun kann, ohne ihre eigenen Interessen zu schädigen.

(4) In exercising the rights referred to in paragraph (1), the Foundation shall take into account any views expressed by the competent authorities to the extent that it considers that it can do so without damaging its own interests.

(4) En el ejercicio de sus derechos conforme al párrafo 1, la Fundación prestará atención a toda consideración de las autoridades competentes, en la medida en que considere que puede darles curso a dichas consideraciones sin detrimento de sus propios intereses.

Artikel 12

Befreiung von direkten Steuern

Die Stiftung, ihre Guthaben, Einkünfte und sonstigen Vermögenswerte genießen Befreiung im Rahmen ihrer amtlichen Tätigkeit von jeder direkten Steuer. Die direkten Steuern umfassen insbesondere

1. Körperschaftsteuer,
2. Gewerbesteuer,
3. Vermögensteuer,
4. Erbschaftsteuer,
5. Grundsteuer,
6. Grunderwerbsteuer,
7. Kraftfahrzeugsteuer.

Diese Befreiung umfasst auch die Besteuerung von Versicherungen der Stiftung für Gebäude, deren Inventar und ihre Dienstfahrzeuge.

Article 12

Exemption from Direct Taxes

In connection with its official activities, the Foundation, its assets, income and other property shall be exempt from all direct taxes. Direct taxes include, in particular:

1. corporation tax (*Körperschaftsteuer*)
2. trade tax (*Gewerbesteuer*)
3. capital tax (*Vermögensteuer*)
4. inheritance tax (*Erbschaftsteuer*)
5. real property tax (*Grundsteuer*)
6. real property transfer tax (*Grunderwerbsteuer*)
7. motor vehicle tax (*Kraftfahrzeugsteuer*).

This exemption shall also include tax levied on insurance that the Foundation takes out for buildings, their contents and its official vehicles.

Artículo 12

Exención de los impuestos directos

La Fundación, sus haberes, ingresos u otros bienes estarán exentos de todo impuesto directo en el marco de sus actividades oficiales. Los impuestos directos comprenden, en particular:

1. el impuesto sobre sociedades (*Körperschaftsteuer*),
2. el impuesto comercial (*Gewerbesteuer*),
3. el impuesto sobre el patrimonio (*Vermögensteuer*),
4. el impuesto sobre la sucesión (*Erbschaftsteuer*),
5. el impuesto sobre bienes inmuebles (*Grundsteuer*),
6. el impuesto sobre la adquisición de bienes inmuebles (*Grunderwerbsteuer*),
7. el impuesto de circulación (*Kraftfahrzeugsteuer*).

La exención comprenderá asimismo el pago de impuestos por seguros de la Fundación para edificios, su inventario y los vehículos oficiales de la Fundación.

Artikel 13

Befreiungen und Vergütungen von der Umsatzsteuer

(1) Die Umsatzsteuer wird der Stiftung vom Bundeszentralamt für Steuern vergütet, wenn

1. es sich um die gesetzlich geschuldete Umsatzsteuer handelt, die der Stiftung in Rechnung gestellt und gesondert ausgewiesen wurde,
2. es sich um Umsatzsteuer für Lieferungen und sonstige Leistungen handelt, die die Stiftung für ihren amtlichen Gebrauch in Anspruch genommen hat,
3. der Steuerbetrag je Rechnung insgesamt 25 Euro (in Worten: fünfundzwanzig Euro) übersteigt und
4. die Steuer gezahlt wurde.

Die Vergütung wird in Übereinstimmung mit den vom Bundesministerium der Finanzen festgelegten förmlichen Voraussetzungen und Verfahren durchgeführt.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für die von der Stiftung nach § 13b Absatz 5 Umsatzsteuergesetz geschuldete und von ihr entrichtete Umsatzsteuer, wenn diese je Rechnung insgesamt 25 Euro (in Worten: fünfundzwanzig Euro) übersteigt. Mindert sich die Bemessungsgrundlage nachträglich, so hat die Stiftung das Bundeszentralamt für Steuern davon zu unterrichten und

Article 13

VAT Exemptions and Refunds

(1) The Federal Central Tax Office (*Bundeszentralamt für Steuern*) shall refund VAT (*Umsatzsteuer*) to the Foundation if

1. the VAT is due under statute, has been invoiced to the Foundation and identified separately on that invoice;
2. the VAT concerns supplies and other services procured by the Foundation for official use;
3. the amount of tax per invoice exceeds 25 euro (twenty-five euro) in total; and
4. the tax has been paid.

The tax will be refunded in accordance with the formal requirements and procedures determined by the Federal Ministry of Finance.

(2) Paragraph (1) shall apply accordingly to the VAT owed by the Foundation pursuant to section 13b (5) of the German Value Added Tax Act (*Umsatzsteuergesetz*) and paid by the Foundation if this exceeds a total of 25 euro (twenty-five euro) per invoice. If the tax base is subsequently reduced, the Foundation shall inform the Federal Central Tax Office and repay the excess refund.

Artículo 13

Exenciones y reembolsos del IVA

(1) La Oficina Federal Central de Impuestos (*Bundeszentralamt für Steuern*) reembolsará a la Fundación el IVA (*Umsatzsteuer*) siempre que:

1. se trate del IVA legalmente debido, el cual haya sido facturado a la Fundación e identificado por separado en la factura,
2. se trate del IVA sobre suministros y otras prestaciones que la Fundación haya obtenido para su uso oficial,
3. el monto del impuesto por cada factura supere los 25 euros (en letras: veinticinco euros) y
4. el impuesto haya sido pagado.

El reembolso se realizará en concordancia con los requisitos y procedimientos formales establecidos por el Ministerio Federal de Hacienda.

(2) El párrafo 1 se aplicará *mutatis mutandis* al IVA debido por la Fundación conforme al artículo 13b, apartado 5, de la Ley del IVA (*Umsatzsteuergesetz*) y pagado por la Fundación en caso de que este exceda un total de 25 euros (en letras: veinticinco euros) por factura. En caso de que la base imponible disminuya con posterioridad, la Fundación habrá de informar al respecto a

den zu viel vergüteten Steuerbetrag zurückzuzahlen. Wird ein Gegenstand, den die Stiftung für ihre amtliche Tätigkeit erworben hat und für dessen Erwerb eine Vergütung der Umsatzsteuer gewährt worden ist, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben, vermietet oder übertragen, so ist der Teil der vergüteten Umsatzsteuer, der dem Veräußerungspreis oder bei unentgeltlicher Abgabe oder Übertragung dem Zeitwert des Gegenstands entspricht, an das Bundeszentralamt für Steuern zu entrichten. Der zu entrichtende Steuerbetrag kann aus Vereinfachungsgründen durch Anwendung des im Zeitpunkt der Abgabe oder Übertragung des Gegenstands geltenden Steuersatzes ermittelt werden. Die Vergütung wird in Übereinstimmung mit den vom Bundesministerium der Finanzen festgelegten förmlichen Voraussetzungen und Verfahren angewendet.

Artikel 14

Befreiungen und Vergütungen bei den besonderen Verbrauchsteuern

(1) Verbrauchsteuerpflichtige Waren können von der Verbrauchsteuer befreit werden, wenn sie für den amtlichen Zweck der Stiftung bestimmt sind. Die verbrauchsteuerpflichtigen Waren sind nach Maßgabe der verbrauchsteuerrechtlichen Bestimmungen zu beziehen.

(2) Unbeschadet des Absatzes 1 kann der Stiftung für ihre amtlichen Zwecke die im Kaufpreis enthaltene Energiesteuer für Benzin, Dieseldieselkraftstoff, Heizöl und Erdgas sowie die im Kaufpreis enthaltene Stromsteuer für elektrischen Strom von der Bundesfinanzverwaltung vergütet werden, wenn

1. der Steuerbetrag je Rechnung insgesamt 25 Euro (in Worten: fünfundzwanzig Euro) übersteigt und
2. die Steuer gezahlt wurde.

Mindert sich die Bemessungsgrundlage nachträglich, so hat die Stiftung die Bundesfinanzverwaltung davon zu unterrichten und den zu viel vergüteten Steuerbetrag zurückzuzahlen. Die Vergütung wird in Übereinstimmung mit den vom Bundesministerium der Finanzen festgelegten förmlichen Voraussetzungen und Verfahren angewendet.

(3) Werden verbrauchsteuerpflichtige Waren, die die Stiftung für ihre amtlichen Zwecke erworben oder bezogen hat und für die ihr eine Befreiung oder Vergütung nach den Absätzen 1 oder 2 gewährt worden ist, an steuerpflichtige Personen, die vollen Anspruch auf eine Steuerbegünstigung im Sinne der verbrauchsteuerrechtlichen Bestimmungen haben, an andere internationale Organisationen, die Anspruch auf Steuerbefreiung haben, oder an andere Stellen, die Steuerbefreiung genießen, abgegeben, so ist keine Verbrauchsteuer zu zahlen. Die

If an item acquired by the Foundation for its official activities and for which a VAT refund has been granted is passed on, lent or transferred, whether in return for payment or not, that portion of the refunded VAT that corresponds to the sale price or to the current market value of the item if it is passed on without payment or transferred, must be paid to the Federal Central Tax Office. For the sake of simplicity, the amount of tax payable may be determined using the tax rate in effect at the time the item is passed on or transferred. The refund shall be effected in accordance with the formal requirements and procedures determined by the Federal Ministry of Finance.

Article 14

Exemptions from and Refunds of Special Excise Duties

(1) Goods subject to excise duty may be exempted from that duty if they are intended for the official purposes of the Foundation. Goods subject to excise duty must be obtained in accordance with the provisions of excise duty legislation.

(2) Without prejudice to paragraph (1), the Foundation may, for its official purposes, obtain a refund of the energy duty contained in the purchase price of petrol, diesel, heating oil and natural gas and the electricity duty contained in the purchase price of electricity from the federal revenue administration if

1. the amount of duty per invoice exceeds 25 euro (twenty-five euro) in total; and
2. the duty has been paid.

If the tax base is subsequently reduced, the Foundation shall inform the federal revenue administration and repay the excess refund. The refund shall be effected in accordance with the formal requirements and procedures determined by the Federal Ministry of Finance.

(3) No excise duty shall be payable if goods subject to excise duty that the Foundation has purchased or obtained for official purposes and for which it has been granted an exemption or refund in accordance with paragraphs (1) or (2) are passed on to taxable persons who are fully entitled to tax relief as defined in excise duty legislation, to other international organisations entitled to a tax exemption, or to other agencies which enjoy exemptions from tax. Such transactions must be reported to the federal revenue administration. If the goods in question

la Oficina Federal Central de Impuestos y devolver el monto del impuesto reembolsado en exceso. En caso de que un objeto que ha sido adquirido por la Fundación para sus actividades oficiales y respecto a cuya adquisición se ha concedido un reembolso del IVA sea cedido, dado en arrendamiento o transferido, a título oneroso o gratuitamente, se habrá de pagar a la Oficina Federal Central de Impuestos aquella parte del IVA reembolsado correspondiente al precio de venta o, en el caso de una cesión gratuita o transferencia, al valor actual de mercado del objeto. En aras de la simplificación, el monto del impuesto a pagar se podrá calcular aplicando el tipo impositivo vigente en el momento de la cesión o transferencia del objeto. El reembolso se aplicará en concordancia con los requisitos y procedimientos formales establecidos por el Ministerio Federal de Hacienda.

Artículo 14

Exenciones y reembolsos respecto a los impuestos especiales al consumo

(1) Las mercancías sujetas al impuesto al consumo podrán ser exentas de dicho impuesto cuando estas estén destinadas a los fines oficiales de la Fundación. Las mercancías sujetas al impuesto al consumo deberán ser adquiridas con arreglo a las disposiciones legales en materia de impuestos al consumo.

(2) Sin perjuicio del párrafo 1, la Fundación podrá obtener de la administración federal de impuestos, para sus fines oficiales, un reembolso del impuesto energético incluido en el precio de compra de la gasolina, del gasóleo, del gasóleo para calefacción y del gas natural, así como el impuesto eléctrico incluido en el precio de compra de la electricidad, siempre que:

1. el monto del impuesto por cada factura exceda un total de 25 euros (en letras: veinticinco euros) y
2. el impuesto haya sido pagado.

En caso de que la base imponible disminuya con posterioridad, la Fundación habrá de informar al respecto a la administración federal de impuestos y devolver el monto del impuesto reembolsado en exceso. El reembolso se aplicará en concordancia con los requisitos y procedimientos formales establecidos por el Ministerio Federal de Hacienda.

(3) No se hará el pago del impuesto al consumo en caso de que la Fundación les ceda mercancías sujetas al impuesto al consumo que haya adquirido u obtenido para sus fines oficiales y por las que le haya sido concedida una exención o un reembolso conforme a los párrafos 1 o 2 a personas sujetas al pago de impuestos que gocen del pleno derecho a un beneficio fiscal de conformidad con las disposiciones en materia de impuestos al consumo o a otras organizaciones internacionales que gocen del derecho a una exención de impuestos o a

Abgabe ist der Bundesfinanzverwaltung anzuzeigen. Werden die genannten verbrauchsteuerpflichtigen Waren an andere als die zuvor genannten Personen oder Stellen abgegeben, so ist der Teil Verbrauchsteuer, der der Warenmenge entspricht, an die Bundesfinanzverwaltung abzuführen. Die Höhe des geschuldeten Steuerbetrags wird auf der Grundlage des im tatsächlichen Zeitpunkt des entsprechenden Rechtsgeschäfts geltenden Steuersatzes ermittelt.

that are subject to excise duty are passed on to persons or agencies other than those identified above, the portion of the excise duty corresponding to the volume of the goods must be paid to the federal revenue administration. The amount of tax due shall be calculated on the basis of the tax rate in effect at the actual time that the legal transaction was effected.

otras entidades que gocen de exención de impuestos. La cesión habrá de notificarse a la administración federal de impuestos. En caso de que dichas mercancías sujetas al impuesto al consumo sean cedidas a personas o entidades distintas a las especificadas anteriormente, habrá de pagarse a la administración federal de impuestos la parte del impuesto al consumo correspondiente al volumen de mercancías. El importe del monto debido se calculará con base en el tipo impositivo vigente en el momento efectivo en que se realizó la transacción legal correspondiente.

Artikel 15

Befreiungen von Zöllen, Verboten, Beschränkungen

(1) Die Stiftung, ihre Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte sind von allen Zöllen, Verboten und Beschränkungen hinsichtlich der von der Stiftung für ihren amtlichen Gebrauch ein- oder ausgeführten Gegenstände einschließlich einer angemessenen Anzahl an Kraftfahrzeugen befreit, soweit dies mit dem Recht der Europäischen Union vereinbar ist. Die demgemäß zollfrei eingeführten oder gekauften Gegenstände dürfen jedoch in der Bundesrepublik Deutschland nur zu den mit der Regierung vereinbarten Bedingungen und unter Zahlung der anzuwendenden Zölle verkauft, entgeltlich oder unentgeltlich abgegeben oder in anderer Weise veräußert werden.

(2) Die Stiftung genießt ferner im Rahmen des Rechts der EU die Befreiung von allen Zöllen, Einfuhrumsatzsteuern sowie von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen hinsichtlich ihrer Veröffentlichungen und ihrer audiovisuellen Materialien.

Article 15

Exemption from Customs Duties, Prohibitions and Restrictions

(1) The Foundation, its funds, assets and other property shall be exempt from all customs duties, prohibitions and restrictions in respect of items imported or exported by the Foundation for its official use, including an appropriate number of motor vehicles, insofar as this is compatible with European Union law. However, the items thus imported or purchased duty-free may only be sold, passed on whether in return for payment or not or otherwise disposed of in the Federal Republic of Germany on the terms agreed with the Government and subject to the payment of the applicable customs duties.

(2) Under European Union law, the Foundation shall also enjoy exemption from all customs duties, import VAT, and prohibitions and restrictions on imports and exports in respect of its publications and audio-visual materials.

Artículo 15

Exenciones de derechos aduaneros, prohibiciones, restricciones

(1) La Fundación, sus fondos, haberes y otros bienes estarán exentos de todos los derechos aduaneros, prohibiciones y restricciones respecto a los objetos importados o exportados por la Fundación para su uso oficial, incluida una cantidad apropiada de vehículos de motor, siempre que esto sea conforme con la legislación de la Unión Europea. Sin embargo, los objetos importados o comprados libres de derechos aduaneros conforme a lo anterior solo podrán ser vendidos, cedidos a título oneroso o gratuitamente o traspasados de cualquier otra forma en la República Federal de Alemania bajo los términos acordados con el Gobierno y mediante el pago de los derechos aduaneros aplicables.

(2) La Fundación gozará asimismo, en el marco de la legislación de la UE, de la exención de todos los derechos aduaneros, del IVA sobre las importaciones, así como de prohibiciones y restricciones respecto a la importación y exportación de sus publicaciones y materiales audiovisuales.

Artikel 16

Erleichterungen im Nachrichtenverkehr

(1) Die Stiftung ist hinsichtlich der Behandlung ihres amtlichen Nachrichtenverkehrs und ihrer amtlichen Korrespondenz den diplomatischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Dies gilt für Einrichtung und Betrieb sowie Prioritäten, Tarife und Gebühren in Bezug auf Postsendungen und Kabeltelegramme, Fernschreib-, Fax-, Telefon-, elektronische Daten- und andere Nachrichtenverbindungen sowie für Tarife für Informationen an Presse und Rundfunk.

(2) Der amtliche Nachrichtenverkehr und die amtliche Korrespondenz der Stiftung sind unverletzlich. Sie unterliegen nicht der Zensur.

(3) Die Stiftung ist berechtigt, Verschlüsselungen zu verwenden sowie ihre Korrespondenz durch Kurier oder in Behältern zu versenden und zu empfangen, für welche dieselben Immunitäten und Vorrechte gelten wie für diplomatische Kuriere und diplomatisches Kuriergepäck.

Article 16

Communications Facilities

(1) The Foundation shall be treated in the same way as diplomatic missions in the Federal Republic of Germany as regards the treatment of its official communications and correspondence. This applies to set-up and operation of, and priorities, tariffs and fees for mail, cables, telexes, faxes, and telephone, electronic data and other communication connections, as well as to rates for information to the press and broadcast media.

(2) The official communications and correspondence of the Foundation shall be inviolable. They shall not be subject to censorship.

(3) The Foundation is entitled to use encryption and to dispatch and receive its correspondence by courier or in containers, to which the same immunities and privileges shall apply as to diplomatic couriers and diplomatic bags.

Artículo 16

Facilidades de comunicaciones

(1) La Fundación gozará del mismo trato respecto a sus comunicaciones y correspondencia oficiales que las misiones diplomáticas en la República Federal de Alemania. Lo anterior se aplica al establecimiento, a la operación y a las prioridades, tarifas y tasas relacionados con envíos postales, cables y conexiones de télex, fax, teléfono, datos electrónicos y otros medios de comunicación, así como a las tarifas de información destinada a la prensa y la radio.

(2) Las comunicaciones y la correspondencia oficiales de la Fundación serán inviolables. Asimismo, no serán sometidas a censura alguna.

(3) La Fundación gozará del derecho de usar claves y de despachar y recibir su correspondencia por estafeta o valija las cuales gozarán de las mismas inmunidades y privilegios que los concedidos a estafetas y valijas diplomáticas.

(4) Die Stiftung ist berechtigt, im Verkehr zwischen ihren Dienststellen innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik Deutschland Funk- und andere Telekommunikationsgeräte auf den für die Stiftung eingetragenen sowie auf den ihr von der Regierung zugeordneten Frequenzen zu betreiben.

(4) The Foundation is entitled, in communications between its offices within and outside the Federal Republic of Germany, to operate radio and other telecommunications equipment on the frequencies registered to it, and on those assigned to it by the Government.

(4) La Fundación gozará del derecho de operar, en el contexto de la comunicación entre sus oficinas dentro y fuera de la República Federal de Alemania, equipos de radio y de otros medios de telecomunicación en las frecuencias registradas para la Fundación y en las demás frecuencias que le haya asignado el Gobierno.

Artikel 17

Einreise, Aufenthaltstitel

(1) Die Einreise in die und Ausreise aus der Bundesrepublik Deutschland sowie Freizügigkeit und freier Aufenthalt von Bediensteten der Stiftung und deren unmittelbaren Angehörigen in der Bundesrepublik Deutschland richten sich nach europäischem und nationalem Recht. Erforderliche Visa, Einreiseerlaubnisse und -genehmigungen werden kostenlos und so rasch wie möglich erteilt. Dies gilt auch für Bewerber für die Stiftung, wenn die Stiftung darum ersucht. Personen, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, müssen für die Aufnahme der Beschäftigung bei der Stiftung als Bedienstete über einen gültigen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verfügen. Die Bediensteten der Stiftung, die ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland ausüben, benötigen keine Arbeitserlaubnis.

(2) Die Bediensteten der Stiftung und deren unmittelbare Angehörige sind vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland befreit. § 27 Absatz 3 der Aufenthaltsverordnung gilt entsprechend.

Article 17

Entry, Residence Title

(1) Entry to and departure from the Federal Republic of Germany and the free movement and free residence of Officials of the Foundation and their Immediate Family Members in the Federal Republic of Germany shall be governed by European and national law. The necessary visas, entry permits and licences shall be issued free of charge and as quickly as possible. At the request of the Foundation, this shall also apply to its applicants. To take up employment with the Foundation as an Official, individuals who are already resident in the Federal Republic of Germany must hold a valid residence title (*Aufenthaltstitel*) for their stay in the Federal Republic of Germany. Officials of the Foundation performing their activities in the Federal Republic of Germany do not require a work permit.

(2) The Officials of the Foundation and their Immediate Family Members shall be exempt from the requirement to hold a residence title for their stay in the Federal Republic of Germany. Section 27 (3) of the German Residence Ordinance (*Aufenthaltsverordnung*) shall apply accordingly.

Artículo 17

Entrada, títulos de residencia

(1) La entrada a la República Federal de Alemania y la salida de la misma, así como la libre circulación y libre residencia de los funcionarios de la Fundación y sus familiares directos en la República Federal de Alemania se regirán conforme a la legislación europea y nacional. Los visados y los permisos y autorizaciones de entrada necesarios se otorgarán sin costo alguno y lo más pronto posible. Lo anterior también se aplicará, a petición de la Fundación, a sus candidatos. Para iniciar su empleo en la Fundación en calidad de funcionarios, las personas que ya residan en la República Federal de Alemania deberán contar con un título de residencia (*Aufenthaltstitel*) válido para su estancia en la República Federal de Alemania. Los funcionarios de la Fundación que realicen sus actividades en la República Federal de Alemania no requerirán de un permiso de trabajo.

(2) Los funcionarios de la Fundación y sus familiares directos estarán exentos del requisito de contar con un título de residencia para su estancia en la República Federal de Alemania. El artículo 27, apartado 3, del Reglamento en materia de Residencia (*Aufenthaltsverordnung*) se aplicará *mutatis mutandis*.

Artikel 18

Mitteilung zum Personal, Ausstellung von Ausweisen

(1) Die Stiftung unterrichtet das Auswärtige Amt über den Dienstantritt der Bediensteten und deren Ausscheiden aus dem Dienst. Sie übermittelt einmal im Jahr eine Aufstellung über die Bediensteten und ihre unmittelbaren Angehörigen und gibt dabei in jedem einzelnen Fall an, ob die betreffende Person die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Eine weitere Aufstellung, die zusätzlich die sowohl von aktiven Bediensteten als auch von Empfängern von Altersbezügen im jeweils vorhergehenden Kalenderjahr von der Stiftung erhaltenen Zahlungen und die Adresse der betreffenden Personen beinhaltet, ist von der Stiftung an das Bundesministerium der Finanzen zu übermitteln.

(2) Das Auswärtige Amt stellt den Bediensteten der Stiftung und den unmittelbaren Angehörigen einen Ausweis aus, in dem Familienname, Vorname, Geburtstag und -ort, Staatsangehörigkeit, gegebenenfalls Zugang zum Arbeitsmarkt sowie Nummer des Reisepasses oder Personalausweises angegeben sind. Der Ausweis ist mit Lichtbild und der Unterschrift des Inhabers zu versehen. Dieser Ausweis dient nicht als

Article 18

Notification of Staff, Issue of Identification Cards

(1) The Foundation shall inform the Federal Foreign Office when Officials begin work and when they leave its service. Once a year, it shall submit a list of Officials and their Immediate Family Members, indicating in each case whether the individual concerned has German Nationality. A further list, which additionally contains the payments received by both active Officials and pension recipients from the Foundation in the calendar year just ended, as well as the addresses of the individuals concerned, shall be sent by the Foundation to the Federal Ministry of Finance.

(2) The Federal Foreign Office shall issue the Foundation's Officials and their Immediate Family Members with an identification card that states their surname, first name, date and place of birth, nationality, labour market access status where appropriate, and the number of their passport or national identity card. The identification card must bear the photograph and signature of the holder. This identification card

Artículo 18

Notificación del personal, expedición de tarjetas de identidad

(1) La Fundación informará al Ministerio Federal de Relaciones Exteriores sobre la entrada y el cese de los funcionarios en el servicio. La Fundación transmitirá una vez al año una relación de los funcionarios y sus familiares directos y en cada caso indicará si la persona en cuestión posee la nacionalidad alemana. La Fundación habrá de transmitir al Ministerio Federal de Hacienda otra relación que incluya, además, los pagos que recibieron por parte de la Fundación tanto los funcionarios activos como los receptores de pensiones en el año calendario inmediatamente anterior, así como la dirección de las personas en cuestión.

(2) El Ministerio Federal de Relaciones Exteriores expedirá a los funcionarios de la Fundación y a los familiares directos una tarjeta de identidad en la que se indicarán los apellidos, el nombre, la fecha y el lugar de nacimiento, la nacionalidad, en caso dado, su situación respecto al acceso al mercado laboral, así como el número del pasaporte o del documento de identidad. La tarjeta de identidad habrá de contar con una

Identitätsausweis, sondern dokumentiert allein die Zugehörigkeit des Inhabers zur Stiftung beziehungsweise seine Eigenschaft als unmittelbarer Angehöriger und seinen Status. Auf Verlangen und spätestens bei Beendigung des Dienstverhältnisses ist der Ausweis an das Auswärtige Amt zurückzugeben.

does not serve as an identity document, but rather confirms only the holder's affiliation with the Foundation or their capacity as an Immediate Family Member, and their status. The identification card must be returned to the Federal Foreign Office upon request or at the latest at the end of the employment relationship.

fotografía y la firma del titular. Dicha tarjeta no servirá como documento de identidad, sino que únicamente documentará la pertenencia del titular a la Fundación o bien su carácter de familiar directo y su situación. A solicitud, y a más tardar al término de la relación laboral, la tarjeta de identidad habrá de ser devuelta al Ministerio Federal de Relaciones Exteriores.

Artikel 19

Soziale Sicherheit

(1) Die Bediensteten der Stiftung unterliegen den deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung, der sozialen und privaten Pflegeversicherung sowie den deutschen Vorschriften über die Arbeitsförderung (in Bezug auf diese Beschäftigung). Die organisatorische Abwicklung dieser Abgaben bleibt, soweit gesetzlich vorgesehen, bei der Stiftung im Rahmen der monatlichen Gehaltsabrechnungen.

(2) Die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung, der sozialen und privaten Pflegeversicherung sowie die Versicherungs- und Umlagepflicht nach dem Recht der Arbeitsförderung finden vorbehaltlich der Absätze 4 und 5 auf die Stiftung und ihre im Geltungsbereich dieses Abkommens beschäftigten Bediensteten keine Anwendung in Bezug auf diese Beschäftigung.

1. soweit diese Bediensteten einem System der sozialen Sicherheit der Stiftung oder demjenigen einer anderen internationalen Organisation angehören und
2. sofern seitens der Bundesrepublik Deutschland nach Konsultation mit der Stiftung dieser gegenüber erklärt wird, dass die sozialen Leistungen des Systems der sozialen Sicherheit der Stiftung ausreichend sind und die Befreiung von den deutschen Vorschriften nach dieser Bestimmung unter Berücksichtigung der Interessen der Stiftung und ihrer Bediensteten sowie unter Berücksichtigung des Absatzes 6 Satz 2 gerechtfertigt ist. Hierzu prüft das Bundesministerium für Arbeit und Soziales federführend, ob bei einer Gesamtbetrachtung des Systems die Absicherung der durch die deutsche Sozialversicherung erfassten Risiken insgesamt auf einem vergleichbaren Niveau gewährleistet ist. Die Prüfung der sozialen Leistungen des Systems der sozialen Sicherheit der Stiftung setzt voraus, dass die Stiftung aussagekräftige und umfassende Unterlagen zum Umfang der eigenen Leistung der sozialen Sicherheit beibringt. Die Befreiung von den deutschen Vorschriften tritt mit

Article 19

Social Security

(1) Officials of the Foundation shall be subject to the German regulations on mandatory coverage as concerns statutory and private health insurance, statutory accident and pension insurance, social and private insurance for long-term care, as well as the German regulations on mandatory coverage under employment promotion law (with regard to this employment). The Foundation remains responsible for paying these contributions as part of its monthly payroll operations, insofar as this is provided for by law.

(2) Notwithstanding paragraphs (4) and (5), the German regulations on mandatory coverage as concerns statutory and private health insurance, statutory accident and pension insurance, social and private insurance for long-term care, and mandatory coverage and compulsory contributions under employment promotion law, shall not apply to the Foundation and its Officials employed within the scope of this Agreement with respect to their employment

1. insofar as such Officials belong to a social security system operated by the Foundation or another international organisation; and
2. provided that the Federal Republic of Germany, after consulting with the Foundation, declares to the latter that the social benefits from its system are sufficient and that the exemption from the German regulations under this provision is justified, taking into account the interests of the Foundation and its Officials and taking into account paragraph (6) sentence 2. To this end, the Federal Ministry of Labour and Social Affairs has lead responsibility for examining the system as a whole to see whether it guarantees overall a comparable level of insurance for the risks that are covered by the German social security system. The examination of social benefits under the Foundation's social security system requires the Foundation to provide informative and comprehensive documentation on the scope of its own social security benefits. The exemption from the German regulations shall take effect on the date of publication of the declaration by the representative of the Federal

Artículo 19

Seguridad social

(1) Los funcionarios de la Fundación estarán sujetos a los reglamentos alemanes sobre la obligación de cotizar relativos al seguro de enfermedad reglamentario y al seguro de accidentes reglamentario y al seguro de pensiones reglamentario, así como a los seguros de dependencia social y privado; asimismo, estarán sujetos a los reglamentos alemanes sobre la obligación de cotizar conforme a la legislación en materia de fomento del empleo (en relación con este empleo). El pago de las cuotas permanece a cargo de la Fundación en el marco de la gestión mensual de nóminas tal como esté establecido en la ley.

(2) Sin perjuicio de los párrafos 4 y 5, los reglamentos alemanes sobre la obligación de cotizar relativos al seguro de enfermedad reglamentario y al seguro médico privado, al seguro de accidentes reglamentario y al seguro de pensiones reglamentario, así como a los seguros de dependencia social y privado, y sobre la obligación de cotizar y pagar las contribuciones obligatorias conforme a la legislación en materia de fomento del empleo no serán aplicables a la Fundación ni a los funcionarios empleados en el ámbito de aplicación del presente Acuerdo en lo que respecta a este empleo,

1. siempre que dichos funcionarios estén afiliados a un sistema de seguridad social de la Fundación o de otra organización internacional y
2. siempre que la República Federal de Alemania, tras consultar a la Fundación, declare ante esta que las prestaciones sociales del sistema de seguridad social de la Fundación son suficientes y que está justificada la exención de los reglamentos alemanes conforme a la presente disposición, teniendo en cuenta los intereses de la Fundación y de sus funcionarios y teniendo en cuenta el párrafo 6, frase 2. Con este fin, el Ministerio Federal de Trabajo y Asuntos Sociales será el principal responsable de examinar el sistema íntegro para determinar si en total está garantizada una cobertura comparable de los riesgos que cubre la seguridad social alemana. Para la examinación de las prestaciones sociales del sistema de seguridad social de la Fundación es preciso que la Fundación proporcione documentación significativa y completa respecto a la extensión de sus propias prestaciones en materia de seguridad social. La exención de los reglamentos alemanes surtirá efecto en

dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung des Vertreters der Bundesrepublik Deutschland im Bundesanzeiger ein. Besteht für die Bediensteten bei Eintritt in den Ruhestand weiterhin ein Anspruch auf eine Absicherung im Krankheitsfall über das System der sozialen Sicherheit der Stiftung oder machen sie von der Möglichkeit einer Weiterversicherung in dem System der sozialen Sicherheit der Stiftung Gebrauch, so werden sie nicht auf Grund eines ständigen Aufenthalts oder Wohnsitzes in der Bundesrepublik Deutschland in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung und sozialen und privaten Pflegeversicherung versicherungspflichtig.

(3) Auf die unmittelbaren Angehörigen von Bediensteten sowie die Kinder von Kindern Bediensteter finden die deutschen Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen und privaten Kranken- sowie sozialen und privaten Pflegeversicherung keine Anwendung, solange sie über den Bediensteten im System der sozialen Sicherheit der Stiftung berücksichtigungsfähig sind und eine ausreichende Absicherung im Krankheitsfall wie der Bedienstete haben; Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 gilt sinngemäß. Die Befreiung von der Versicherungspflicht nach Satz 1 gilt nicht, wenn der unmittelbare Angehörige oder ein Kind vom Kind des Bediensteten im Geltungsbereich dieses Abkommens eine mehr als geringfügige unselbständige Beschäftigung oder selbständige Tätigkeit ausübt oder Leistungen der deutschen sozialen Sicherheit bezieht, wenn der Bezug dieser Leistungen nach den deutschen Vorschriften zur Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung führen würde.

(4) Die Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung auf Grund des Absatzes 2 finden nur dann keine Anwendung, wenn der Bedienstete damit einverstanden ist. Erklärt der Bedienstete innerhalb von drei Monaten nach Beschäftigungsbeginn das Einverständnis gegenüber dem Träger der Rentenversicherung, so entfällt die Versicherungspflicht rückwirkend zum Zeitpunkt des Beschäftigungsbeginns. Andernfalls finden die Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung weiterhin Anwendung. Wird das Einverständnis später erklärt, so finden die Vorschriften über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung ab dem Folgemonat der Einverständniserklärung keine Anwendung mehr. Die Frist wird auch gewahrt, wenn die Erklärung gegenüber einem unzuständigen Träger der Rentenversicherung abgegeben wird. Die Erklärung ist unwiderruflich. Für Bedienstete, die zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung der Bundesrepublik Deutschland nach Absatz 2 Nummer 2 bereits bei der Stiftung beschäftigt sind, ist Satz 2 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Drei-

Republic of Germany in the Federal Gazette. If, on retirement, Officials remain entitled to cover under the Foundation's social security system in the event of illness, or if they have chosen to remain insured under that system, they shall not by virtue of their permanent residence or domicile in the Federal Republic of Germany become subject to mandatory coverage as concerns statutory and private health insurance and social and private insurance for long-term care.

(3) The German regulations on mandatory coverage as concerns statutory and private health insurance and social and private insurance for long-term care shall not apply to the Immediate Family Members or grandchildren of Officials, provided they are eligible, through the Official, for the Foundation's social security system and, like the Official, have a sufficient level of cover in the event of illness; paragraph (2), sentence 1 no. 2 shall apply accordingly. The exemption from mandatory coverage under sentence 1 shall not apply if the Immediate Family Member or a grandchild of the Official is in more than marginal employment or self-employment within the scope of this Agreement or receives German social security benefits if, under the German regulations, receiving these benefits would result in mandatory coverage as concerns statutory health insurance and social insurance for long-term care.

(4) The regulations on mandatory coverage as concerns statutory pension insurance pursuant to paragraph (2) shall be inapplicable only if the Official so consents. If the Official declares this consent to the pension insurer within three months of starting employment, mandatory coverage ceases to be applicable with retroactive effect from the date on which employment began. Otherwise the regulations on mandatory coverage as concerns statutory pension insurance continue to apply. If consent is given at a later date, the regulations on mandatory coverage as concerns statutory pension insurance shall cease to apply as of the month following the declaration of consent. The three-month period is also deemed to have been respected if consent is declared to an insurer who is not responsible for the pension insurance in question. The declaration is irrevocable. In the case of Officials already employed by the Foundation at the time of publication of the declaration of the Federal Republic of Germany as described in paragraph (2) no. 2 above, sentence 2 shall apply with the three-month period beginning on the date of publication of the declaration.

la fecha de la publicación de la declaración del representante de la República Federal de Alemania en el Boletín Oficial. En caso de que, en el momento de jubilarse, los funcionarios sigan gozando del derecho de una cobertura en caso de enfermedad a través del sistema de seguridad social de la Fundación o si deciden aprovechar la posibilidad de seguir afiliados al sistema de seguridad social de la Fundación, no estarán sujetos, en virtud de una residencia o un domicilio permanentes en la República Federal de Alemania, a la obligación de cotizar relativa al seguro de enfermedad reglamentario y al seguro médico privado ni a los seguros de dependencia social y privado.

(3) Los reglamentos alemanes sobre la obligación de cotizar relativos al seguro de enfermedad reglamentario y al seguro médico privado, así como a los seguros de dependencia social y privado, no serán aplicables a los familiares directos de los funcionarios ni a los nietos de los funcionarios, siempre que estos estén cubiertos por el sistema de seguridad social de la Fundación a través del funcionario y que, al igual que el funcionario, cuenten con cobertura suficiente en caso de enfermedad; el párrafo 2, frase 1, número 2, se aplicará *mutatis mutandis*. La exención de la obligación de cotizar conforme a la frase 1 no se aplicará si el familiar directo o un nieto del funcionario, en el ámbito de aplicación del presente Acuerdo, ejerce una actividad económica que sea más que una actividad económica menor por cuenta ajena o con carácter independiente o si percibe prestaciones de la seguridad social alemana, en caso de que la percepción de dichas prestaciones conllevara, conforme a los reglamentos alemanes, la obligación de cotizar al seguro de enfermedad reglamentario y al seguro de dependencia social.

(4) Los reglamentos sobre la obligación de cotizar al seguro de pensiones reglamentario conforme al párrafo 2 serán inaplicables únicamente si el funcionario está conforme con ello. En caso de que el funcionario declare su conformidad ante la institución de pensiones dentro de los tres meses siguientes al inicio de su empleo, la obligación de cotizar quedará suprimida de forma retroactiva a la fecha del inicio de su empleo. En caso contrario, seguirán siendo aplicables los reglamentos sobre la obligación de cotizar al seguro de pensiones reglamentario. En caso de que la conformidad se declare en una fecha posterior, los reglamentos sobre la obligación de cotizar al seguro de pensiones reglamentario dejarán de ser aplicables a partir del mes siguiente de la fecha de la declaración de conformidad. También en el caso de que la declaración se realice ante una institución de pensiones que no sea la institución competente en el caso concreto se considerará que ha sido respetado el plazo. La declaración será irrevocable. En el caso de los funcionarios que ya estén trabajando para la Fundación en el momento de la publicación de la declaración de la República Federal de Alemania

monatsfrist mit dem Zeitpunkt der Veröffentlichung der Erklärung beginnt.

(5) Der Befreiung nach den Absätzen 2 und 4 gehen die Versicherungsfreiheit und die Befreiung von der Versicherungspflicht nach den Vorschriften der gesetzlichen Rentenversicherung vor.

(6) Sind Pflichtbeiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung für einen Zeitraum entrichtet worden, für den eine Versicherungspflicht auf Grund dieses Artikels nicht besteht, so sind diese Beiträge nach Maßgabe der Vorschriften für zu Unrecht entrichtete Beiträge zu erstatten. Sie sind, soweit eine Erstattung geltend gemacht wird, nach Konsultation mit der Stiftung nach Absatz 2 Nummer 2 vorrangig zur Begründung oder Auffüllung von Anwartschaften des Bediensteten im Versorgungssystem der Stiftung an diese auszuzahlen. Mit der Auszahlung an die Stiftung nach Satz 2 gilt der Erstattungsanspruch des Beschäftigten und seines Arbeitgebers als erfüllt.

(7) Beiträge zur gesetzlichen Renten-, Kranken- und Unfallversicherung, zur sozialen und privaten Pflegeversicherung sowie Beiträge und Umlagen nach dem Recht der Arbeitsförderung, die entrichtet worden sind, bevor die im Absatz 2 Nummer 1 und 2 beschriebenen Voraussetzungen vorliegen, werden nicht erstattet.

Artikel 20

Zugang zum Arbeitsmarkt für unmittelbare Angehörige sowie Ausstellung von Visa und Aufenthaltserlaubnissen an Hausangestellte

(1) Unmittelbare Angehörige eines Bediensteten der Stiftung haben unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Für volljährige Kinder gilt dies nur insoweit, als durch eine eventuelle berufliche Tätigkeit keine wirtschaftliche Selbständigkeit oder Auflösung der Haushaltszugehörigkeit des Kindes bedingt ist.

(2) Die Erteilung von Visa für Hausangestellte eines Bediensteten der Stiftung richtet sich nach europäischem und nationalem Recht. Sie erhalten einen Ausweis im Sinne von Artikel 18 Absatz 2, der sie zum Aufenthalt und zur Aufnahme der Beschäftigung als Hausangestellte berechtigt. Für die Dauer ihrer Beschäftigung als Hausangestellte sind sie vom Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. Personen, die sich bereits in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten, müssen für die Aufnahme der Beschäftigung im Haushalt des Bediensteten bei der Stiftung über einen gültigen Aufenthaltstitel für den Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verfügen.

(5) Exemptions from social insurance contributions, as well as exemptions from mandatory coverage under the regulations governing statutory pension insurance, take precedence over the exemptions provided for in paragraphs (2) and (4).

(6) If compulsory contributions have been paid into the statutory pension insurance scheme for a period of time in which no obligation to take out insurance existed under this Article, those contributions must be refunded in accordance with the regulations on contributions made erroneously. Insofar as a refund is claimed, following consultation with the Foundation as described in paragraph (2) no. 2, that refund must be paid to the Foundation and used primarily to establish or top up the Official's claims in the Foundation's pension system. With the payment to the Foundation in accordance with sentence 2, the refund claim of the employee and their employer is deemed to have been fulfilled.

(7) Contributions to statutory pension, health and accident insurance, social and private insurance for long-term care as well as all contributions under employment promotion law paid before the conditions described in paragraph (2) nos. 1 and 2 have been met, shall not be refunded.

Article 20

Labour Market Access for Immediate Family Members and Issue of Visas and Residence Permits to Household Employees

(1) Immediate Family Members of an Official of the Foundation shall have unrestricted access to the labour market in the Federal Republic of Germany. In the case of children who have reached the age of majority, this applies only insofar as any professional activity does not result in the financial independence of the child, or in their ceasing to live in the Official's household.

(2) Visas for household employees of an Official of the Foundation shall be granted in accordance with European and national law. These employees shall receive an identification card within the meaning of Article 18 (2), which entitles them to residence and to take up employment as a household employee. They are exempt from the requirement to hold a residence title for the duration of their employment as a household employee. To take up employment in the household of an Official of the Foundation, individuals who are already resident in the Federal Republic of Germany must hold a valid residence title for their stay in the Federal Republic of Germany.

conforme al párrafo 2, número 2, la frase 2 habrá de aplicarse en el bien entendido de que el plazo de tres meses comenzará en la fecha de la publicación de la declaración.

(5) La exención respecto a las aportaciones a los seguros sociales y la exención de la obligación de cotizar conforme a los reglamentos del seguro de pensiones reglamentario prevalecerán sobre la exención conforme a los párrafos 2 y 4.

(6) En caso de que se hayan pagado aportaciones obligatorias al seguro de pensiones reglamentario durante un periodo en el cual no existía la obligación de cotizar al seguro conforme el presente artículo, dichas aportaciones deberán reembolsarse con arreglo a los reglamentos sobre aportaciones pagadas equivocadamente. En caso de que se haga valer un reembolso, este se pagará a la Fundación, tras la consulta con la misma conforme al párrafo 2, número 2, prioritariamente a fin de establecer o completar los derechos del funcionario en el sistema de pensiones de la Fundación. Con el pago a la Fundación conforme a la frase 2 se considerará satisfecho el derecho de reembolso del empleado y de su empleador.

(7) No se reembolsarán las aportaciones a los seguros de pensiones, de enfermedad y de accidente reglamentarios ni a los seguros de dependencia social y privado ni las aportaciones y contribuciones conforme a la legislación en materia del fomento del empleo que hayan sido pagadas antes de que se cumplieran las condiciones descritas en el párrafo 2, números 1 y 2.

Artículo 20

Acceso al mercado laboral para familiares directos y expedición de visados y permisos de residencia para el personal doméstico

(1) Los familiares directos de un funcionario de la Fundación tendrán acceso sin restricciones al mercado laboral en la República Federal de Alemania. En cuanto a los hijos mayores de edad, lo anterior solo se aplicará cuando una posible actividad profesional no conlleve la independencia económica del hijo o que este deje de formar parte de la casa del funcionario.

(2) El otorgamiento de visados para el personal doméstico de un funcionario de la Fundación se regirá conforme a la legislación europea y nacional. El personal recibirá una tarjeta de identidad de conformidad con el artículo 18, párrafo 2, que le dará el derecho de residir e iniciar su empleo en calidad de personal doméstico. Mientras dure su empleo como personal doméstico, el personal estará exento del requisito de contar con un título de residencia. En el caso de las personas que ya residen en la República Federal de Alemania, estas deberán contar con un título de residencia válido para su estancia en la República Federal de Alemania a fin de poder iniciar su empleo en la casa del funcionario de la Fundación.

Artikel 21**Personen, die aus dem Dienst bei der
Stiftung ausscheiden**

Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Bedienstete der Stiftung und ihre unmittelbaren Angehörigen nach dem Ausscheiden des Bediensteten aus dem aktiven Dienst bei der Stiftung nach einer Dienstzeit mit Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland von fünf Jahren richtet sich nach europäischem und nationalem Recht.

Article 21**Individuals Leaving the Service
of the Foundation**

The grant of a permanent settlement permit (*Niederlassungserlaubnis*) for Officials of the Foundation and their Immediate Family Members after the Official has left the active service of the Foundation following five years of service and residence in the Federal Republic of Germany shall be governed by European and national law.

Artículo 21**Personas que dejen de prestar
servicio en la Fundación**

El otorgamiento de un permiso de establecimiento (*Niederlassungserlaubnis*) a funcionarios de la Fundación y sus familiares directos después de que el funcionario haya cesado en el servicio activo para la fundación, tras cinco años de servicio y de estancia de en la República Federal de Alemania, se regirá conforme a la legislación europea y nacional.

Artikel 22**Vorrechte, Immunitäten,
Befreiungen und Erleichterungen
der Vertreter der Mitglieder**

(1) Die Vertreter der Mitglieder der Stiftung, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen und die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässig sind, genießen die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die den in vergleichbarem Rang stehenden Diplomaten der in der Bundesrepublik Deutschland akkreditierten diplomatischen Missionen nach dem Wiener Übereinkommen gewährt werden. Dies gilt nicht für steuerliche Privilegien.

(2) Die Vertreter der Mitglieder, die nicht in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässig sind, genießen bei der Erfüllung ihrer Pflichten und während der Wahrnehmung ihrer Aufgaben die in Artikel IV des Allgemeinen VN-Übereinkommens beschriebenen Vorrechte und Immunitäten.

Article 22**Privileges, Immunities,
Exemptions and Facilities
of Members' Representatives**

(1) Representatives of the members of the Foundation who live in the Federal Republic of Germany and who do not have German Nationality or permanent residence in the Federal Republic of Germany shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities accorded under the Vienna Convention to diplomats of comparable rank of diplomatic missions accredited to the Federal Republic of Germany. This shall not apply to tax privileges.

(2) Representatives of members who do not have permanent residence in the Federal Republic of Germany shall enjoy the privileges and immunities described in Article IV of the UN General Convention while discharging their duties and performing their functions.

Artículo 22**Privilegios, inmunidades,
exenciones y facilidades concedidos
a los representantes de los Miembros**

(1) Los representantes de los Miembros de la Fundación que vivan en la República Federal de Alemania y que no posean la nacionalidad alemana o que no tengan su residencia permanente en la República Federal de Alemania gozarán de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades que se conceden, conforme a la Convención de Viena, a los diplomáticos de categoría equivalente pertenecientes a las misiones diplomáticas acreditadas ante la República Federal de Alemania. Lo anterior no se aplicará a los privilegios fiscales.

(2) Los representantes de los Miembros que no tengan su residencia permanente en la República Federal de Alemania gozarán, durante su prestación de servicio y el desempeño de sus tareas, los privilegios e inmunidades descritos en el artículo IV de la Convención General de las Naciones Unidas.

Artikel 23**Vorrechte, Immunitäten,
Befreiungen und Erleichterungen
der Bediensteten der Stiftung**

(1) Die Bediensteten der Stiftung genießen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die in den Artikeln V und VII des Allgemeinen VN-Übereinkommens vorgesehen sind. Unter anderem genießen sie

1. Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in ihrer amtlichen Eigenschaft vorgenommenen Handlungen (einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen); diese Immunität bleibt auch nach Beendigung der Beschäftigung bei der Stiftung bestehen;
2. Befreiung von jeder nationalen Dienstleistung;
3. für sich selbst und ihre unmittelbaren Angehörigen Befreiung von der Ausländermeldepflicht;
4. in Bezug auf Devisenerleichterungen dieselben Vorrechte wie die in vergleichbarem Rang stehenden Mitglieder der in

Article 23**Privileges, Immunities,
Exemptions and Facilities
of Officials of the Foundation**

(1) Irrespective of their nationality, the Officials of the Foundation shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities provided for in Articles V and VII of the UN General Convention. They shall enjoy inter alia:

1. immunity from legal process with respect to actions performed by them in their official capacity (including words spoken and written); this immunity shall remain in effect after employment at the Foundation has ended;
2. exemption from any national service obligations;
3. exemption for themselves and their Immediate Family Members from alien registration requirements;
4. with regard to exchange facilities, the same privileges as accorded to members of comparable rank of diplomatic

Artículo 23**Privilegios, inmunidades,
exenciones y facilidades concedidos
a los funcionarios de la Fundación**

(1) Los funcionarios de la Fundación gozarán, sin importar su nacionalidad, de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades establecidos en los artículos V y VII de la Convención General de las Naciones Unidas. Gozarán, entre otros, de lo siguiente:

1. inmunidad contra todo proceso judicial respecto a actos ejecutados por ellos en su carácter oficial (incluidas sus palabras habladas y escritas); esta inmunidad continuará aunque hayan cesado ya de trabajar para la Fundación;
2. exención de todo servicio de carácter nacional;
3. exención, para sí mismos y para sus familiares directos, de cumplir con el requisito del registro de extranjeros;
4. respecto a las facilidades en materia de divisas, los mismos privilegios de que gozan los miembros de categoría equi-

der Bundesrepublik Deutschland errichteten diplomatischen Missionen;

missions established in the Federal Republic of Germany;

valente de las misiones diplomáticas establecidas en la República Federal de Alemania;

5. für sich selbst und ihre unmittelbaren Angehörigen in Zeiten internationaler Krisen dieselben Erleichterungen bezüglich der Heimschaffung wie Diplomaten;
6. das Recht, ihre Möbel und ihre persönliche Habe im Rahmen des Rechts der EU bei ihrem ersten Amtsantritt in der Bundesrepublik Deutschland frei von Zöllen und Steuern mit Ausnahme der Zahlungen für Dienstleistungen einzuführen; eingeschlossen sind eine angemessene Anzahl an Kraftfahrzeugen, die sich vor dem ersten Amtsantritt des Bediensteten in der Bundesrepublik Deutschland mindestens sechs Monate in dessen Besitz befunden haben und von ihm genutzt wurden; dies gilt auch für geleaste Fahrzeuge, wenn der Bedienstete durch den Leasingvertrag nachweist, dass das Leasingverhältnis bereits sechs Monate vor seinem ersten Amtsantritt in der Bundesrepublik Deutschland bestanden hat; die Überführung der Möbel und persönlichen Habe in die Bundesrepublik Deutschland kann innerhalb eines Zeitraums von zwölf Monaten seit dem ersten Amtsantritt des Bediensteten erfolgen.

5. the same repatriation facilities as diplomats for themselves and their Immediate Family Members during times of international crisis;
6. with the exception of payments for services, the right pursuant to European Union law to import their furniture and personal effects free of customs duties and taxes when first taking up their post in the Federal Republic of Germany; this shall include an appropriate number of motor vehicles which have been in the Official's possession and use for at least six months before they first took up their post in the Federal Republic of Germany; this shall also apply to leased vehicles if the Official proves, by means of the leasing contract, that the leasing arrangement had existed for six months before they first took up their post in the Federal Republic of Germany; furniture and personal effects may be transferred to the Federal Republic of Germany within a period of twelve months after the Official first takes up their post.

5. en época de crisis internacional, para sí mismos y sus familiares directos, las mismas facilidades de repatriación de que gozan los diplomáticos;
6. derecho a importar, en el marco de la legislación de la UE, libres de derechos aduaneros e impuestos, excepto por los pagos de servicios, sus muebles y efectos personales en el momento en el que ocupen por primera vez su cargo en la República Federal de Alemania; lo anterior incluye una cantidad adecuada de vehículos de motor que hayan sido propiedad del funcionario y utilizados por el mismo desde por lo menos seis meses antes de ocupar por primera vez su cargo en la República Federal de Alemania; lo anterior también se aplicará respecto a vehículos arrendados si el Funcionario comprueba, mediante el contrato de arrendamiento, que la relación de arrendamiento ya existía seis meses antes de ocupar por primera vez su cargo en la República Federal de Alemania; el traslado de los muebles y efectos personales hacia la República Federal de Alemania podrá realizarse dentro de un plazo de doce meses a partir de la primera ocupación del cargo por parte del Funcionario.

(2) In Ergänzung des Absatzes 1 genießen der Geschäftsführende Direktor der Stiftung sowie andere Bedienstete der Stiftung, soweit sie eine der Stufe P-5 der Vereinten Nationen oder einer höheren Stufe vergleichbare Stellung innehaben, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen oder in der Bundesrepublik Deutschland ständig ansässig sind, mit Ausnahme steuerlicher und zollrechtlicher Privilegien die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, welche die Regierung in vergleichbarem Rang stehenden Mitgliedern des diplomatischen Personals der bei ihr akkreditierten Missionen gewährt. Der Name des Geschäftsführenden Direktors der Stiftung wird in die Diplomatenliste aufgenommen.

(2) In addition to paragraph (1) and with the exception of privileges under tax and customs duty law, insofar as their post is comparable to United Nations grade P-5 or higher and they do not have German Nationality or permanent residence in the Federal Republic of Germany, the Executive Director of the Foundation and other Officials of the Foundation shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities accorded by the Government to members of the diplomatic staff of comparable rank of missions accredited to it. The name of the Executive Director of the Foundation shall be included in the diplomatic list.

(2) Adicionalmente al párrafo 1, siempre que los puestos que ocupen sean equivalentes o superiores a la categoría P-5 de las Naciones Unidas, el Director Ejecutivo de la Fundación y otros Funcionarios de la Fundación que no posean la nacionalidad alemana o no tengan su residencia permanente en la República Federal de Alemania, gozarán de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades, excepto los privilegios fiscales y aduaneros, que concede el Gobierno a los miembros del personal diplomático de categoría equivalente pertenecientes a las misiones acreditadas ante el mismo. El nombre del Director Ejecutivo de la Fundación será incluido en la lista diplomática.

(3) Die Immunität von der Gerichtsbarkeit gilt jedoch nicht im Fall eines Verstoßes der in den Absätzen 1 und 2 genannten Personen gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr im Fall eines Schadens, der durch ein diesen Personen gehörendes oder von diesen Personen gesteuertes Motorfahrzeug verursacht wurde.

(3) However, immunity from legal process shall not apply in the event of a breach of road traffic regulations by the individuals referred to in paragraphs (1) and (2) if damage was caused by a motor vehicle belonging to or driven by such an individual.

(3) Sin embargo, la inmunidad contra todo proceso judicial no se aplicará en caso de una violación del reglamento de tráfico vial por parte de las personas especificadas en los párrafos 1 y 2 en el caso de un daño ocasionado por un vehículo de motor que sea propiedad de dichas personas o que haya sido conducido por ellas.

(4) Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen genießen die Bediensteten der Stiftung im Interesse der Stiftung und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil. Das Recht und die Pflicht, die Immunität im Einzelfall aufzuheben, wenn sie ohne Schädigung der Interessen der Stiftung aufgehoben werden kann, liegen beim Geschäftsführenden Direktor der Stiftung.

(4) The Officials of the Foundation shall enjoy the privileges, immunities, exemptions and facilities in the interests of the Foundation and not for their personal benefit. The Executive Director of the Foundation is entitled and obliged to waive immunity in individual cases if it can be waived without damaging the interests of the Foundation.

(4) Los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades se concederán a los funcionarios de la Fundación en interés de la Fundación y no en provecho de los propios individuos. El Director Ejecutivo de la Fundación tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad concedida en casos concretos en que pueda ser renunciada sin que se perjudiquen los intereses de la Fundación.

Artikel 24**Sachverständige im Auftrag**

(1) Sachverständigen im Auftrag können ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden, die in den Artikeln VI und VII des Allgemeinen VN-Übereinkommens vorgesehen sind. Ihnen können durch Vereinbarung zwischen der Stiftung und der Regierung zusätzliche Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden.

(2) Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden den Sachverständigen im Auftrag im Interesse der Stiftung und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen beziehen sich nicht auf eine Befreiung oder Vergütung von Steuern. Der Geschäftsführende Direktor der Stiftung hat das Recht und die Pflicht, die Immunität eines Sachverständigen in allen Fällen aufzuheben, in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Stiftung aufgehoben werden kann.

Artikel 25**Kongresse, Seminare, ähnliche Veranstaltungen**

(1) Personen, die im Geltungsbereich dieses Abkommens an Kongressen, Seminaren oder ähnlichen Veranstaltungen teilnehmen, die von der Stiftung ausgerichtet werden, können die in Satz 3 genannten Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden, sofern ihnen diese auf Grundlage dieses Abkommens nicht bereits zustehen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Regierung ausdrücklich der in Satz 1 erwähnten Veranstaltung zugestimmt hat. Folgende Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen können ihnen gewährt werden:

1. Immunität von Festnahme oder Haft und in Bezug auf ihr persönliches Gepäck dieselben Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen wie Diplomaten;
2. Immunität von der Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen während ihrer Aufgabenwahrnehmung vorgenommenen Handlungen, einschließlich ihrer mündlichen und schriftlichen Äußerungen, wobei diese Immunität bestehen bleibt, auch wenn die teilnehmende Person ihren Auftrag für die Stiftung beendet hat;
3. Unverletzlichkeit aller Papiere und Schriftstücke;
4. das Recht, für ihren Verkehr mit der Stiftung Verschlüsselungen zu verwenden sowie Papiere und Korrespondenz durch Kurier oder in versiegelten Behältern zu empfangen;
5. in Bezug auf Währungs- oder Devisenbeschränkungen dieselben Erleichterungen wie Vertretern ausländischer Regierungen in vorübergehendem amtlichen Auftrag.

Article 24**Experts on Missions**

(1) Irrespective of their nationality, Experts on Missions may be accorded the privileges, immunities, exemptions and facilities provided for in Articles VI and VII of the UN General Convention. They may be accorded additional privileges, immunities, exemptions and facilities by means of an agreement between the Foundation and the Government.

(2) The privileges, immunities, exemptions and facilities shall be accorded to Experts on Missions in the interests of the Foundation and not for their personal benefit. The privileges, immunities, exemptions and facilities do not relate to exemptions from or refunds of tax. The Executive Director of the Foundation is entitled and obliged to waive the immunity of an Expert in all instances where it may be waived without damaging the interests of the Foundation.

Article 25**Congresses, Seminars, Similar Events**

(1) Individuals participating within the area of application of this Agreement in congresses, seminars or similar events organised by the Foundation may be accorded the privileges, immunities, exemptions and facilities set out in sentence 3 if they are not already entitled to the same on the basis of this Agreement. This is conditional upon the Government having expressly given its authorisation for the event mentioned in sentence 1. The following privileges, immunities, exemptions and facilities may be accorded to these individuals:

1. immunity from personal arrest or detention and, with respect to their personal baggage, the same privileges, immunities, exemptions and facilities as diplomats;
2. immunity from legal process with respect to actions taken by them while performing their functions, including words spoken and written; this immunity shall remain in effect even if the participant's mission for the Foundation has ended;
3. inviolability of all papers and documents;
4. the right, in their communications with the Foundation, to use encryption and to receive papers and correspondence by courier or in sealed containers;
5. the same facilities with regard to currency or foreign exchange restrictions as representatives of foreign governments on temporary official missions.

Artículo 24**Peritos que formen parte de misiones**

(1) A los peritos que formen parte de misiones se les podrán conceder, sin importar su nacionalidad, los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades establecidos en los artículos VI y VII de la Convención General de las Naciones Unidas. Se les podrán conceder, mediante un acuerdo entre la Fundación y el Gobierno, privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades adicionales.

(2) Los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades se concederán a los peritos que formen parte de misiones en interés de la Fundación y no en provecho de los propios individuos. Los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades no se refieren a una exención o reembolso de impuestos. El Director Ejecutivo de la Fundación tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad de cualquier perito, en cualquier caso en que pueda ser renunciada sin que se perjudiquen los intereses de la Fundación.

Artículo 25**Congresos, seminarios, eventos similares**

(1) A las personas que participen, en el ámbito de aplicación del presente Acuerdo, en congresos, seminarios o eventos similares organizados por la Fundación les podrán ser concedidos los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades especificados en la frase 3, siempre que no tengan ya derecho a los mismos en virtud del presente Acuerdo. Lo anterior estará sujeto a la condición de que el Gobierno haya aprobado expresamente el evento mencionado en la frase 1. A dichas personas les podrán ser concedidos los siguientes privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades:

1. inmunidad contra arresto o detención y, respecto a su equipaje personal, los mismos privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades de que gozan los diplomáticos;
2. inmunidad contra todo proceso judicial respecto a los actos realizados por ellos durante la realización de sus tareas, incluidas sus palabras habladas y escritas; esta inmunidad continuará aunque la persona participante haya cesado ya de trabajar en la misión para la Fundación;
3. inviolabilidad de todo papel y documento;
4. para los fines de comunicarse con la Fundación, el derecho de usar claves y de recibir papeles o correspondencia por estafeta o en valijas selladas;
5. en lo que respecta a las restricciones relativas a la moneda o las divisas, las mismas facilidades que se conceden a los representantes de Gobiernos extranjeros en misiones oficiales temporales.

(2) Die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden der teilnehmenden Person nur im Interesse der Stiftung und nicht zu ihrem persönlichen Vorteil gewährt. Der Geschäftsführende Direktor der Stiftung ist berechtigt und verpflichtet, die einer teilnehmenden Person gewährte Immunität in allen Fällen aufzuheben, in denen sie nach seiner Auffassung verhindern würde, dass der Gerechtigkeit Genüge geschieht, und in denen sie ohne Schädigung der Interessen der Stiftung aufgehoben werden kann.

(3) Absatz 1 gilt für Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, die Inhaber eines von einer deutschen Behörde im Geltungsbereich dieses Abkommens oder von einer deutschen diplomatischen Mission oder konsularischen Vertretung ausgestellten gültigen Reisepasses oder Personalausweises sind, nur hinsichtlich der in Absatz 1 Satz 3 Nummer 2, 3 und 4 genannten Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen. Die Immunität von der Gerichtsbarkeit nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 2 gilt nicht im Falle eines Verstoßes gegen die Vorschriften über den Straßenverkehr durch eine teilnehmende Person im Fall von Schäden, die durch ein Motorfahrzeug verursacht wurden, das einer teilnehmenden Person gehört oder von ihr gesteuert wurde. Die Sätze 1 und 2 gelten auch für solche teilnehmenden Personen, die im Geltungsbereich dieses Abkommens ständig ansässig sind.

Artikel 26

Beachtung der Gesetze, Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden

(1) Die Stiftung und alle Personen, die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen nach diesem Abkommen genießen, sind unbeschadet desselben verpflichtet, die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften zu beachten. Sie sind ferner verpflichtet, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen.

(2) Die Regierung hat darauf hinzuwirken, dass die Stiftung jederzeit mit den zuständigen Behörden zusammenarbeitet, um eine geordnete Rechtspflege zu erleichtern, die Einhaltung gefahrenabwehrrechtlicher Vorschriften sicherzustellen und jeden Missbrauch im Zusammenhang mit den nach diesem Abkommen gewährten Vorrechten, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen zu verhindern.

Artikel 27

Flagge und Emblem

Die Stiftung ist berechtigt, an ihren Räumlichkeiten und an den Fahrzeugen, die sie für ihre amtlichen Tätigkeiten benutzt, Flagge und Emblem zu zeigen.

(2) The privileges, immunities, exemptions and facilities shall be accorded to the participant solely in the interests of the Foundation and not for their personal benefit. The Executive Director of the Foundation is entitled and obliged to waive the immunity accorded to a participant in all instances in which, in the Executive Director's opinion, immunity would prevent justice from being done and in which it can be waived without damaging the interests of the Foundation.

(3) Paragraph (1) shall apply to Germans as defined in the Basic Law who hold a valid passport or national identity card issued by a German authority within the area of application of this Agreement or by a German diplomatic mission or consular post only with regard to the privileges, immunities, exemptions and facilities set out in paragraph (1), sentence 3 nos. 2, 3 and 4. Immunity from legal process under paragraph (1) sentence 3 no. 2 shall not apply in the event of a breach of road traffic regulations by a participant if damage was caused by a motor vehicle belonging to or driven by such participant. Sentences 1 and 2 shall also apply to those participants who are permanently resident within the area of application of this Agreement.

Article 26

Compliance with the Law, Cooperation with the Competent Authorities

(1) Without prejudice to this Agreement, the Foundation and all individuals enjoying privileges, immunities, exemptions and facilities under this Agreement are obliged to comply with the laws and other regulations applicable in the Federal Republic of Germany. They are further obliged not to interfere in the internal affairs of the Federal Republic of Germany.

(2) The Government shall endeavour to ensure that the Foundation cooperates at all times with the competent authorities in order to facilitate the proper administration of justice, to ensure compliance with regulations relating to public security and public order, and to avoid any abuse in connection with the privileges, immunities, exemptions and facilities accorded under this Agreement.

Article 27

Flag and Emblem

The Foundation shall be entitled to display its flag and emblem on its premises and on the vehicles that it uses for its official activities.

(2) Los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades se concederán a las personas participantes solo en interés de la Fundación y no en provecho de los propios individuos. El Director Ejecutivo de la Fundación tendrá el derecho y el deber de renunciar a la inmunidad de cualquier persona participante, en cualquier caso en que, a su juicio, la inmunidad impida el curso de la justicia y pueda renunciarse a ella sin que se perjudiquen los intereses de la Fundación.

(3) El párrafo 1 se aplicará a alemanes de conformidad con la Ley Fundamental que posean un pasaporte o un documento de identidad vigentes expedidos por una autoridad alemana en el ámbito de aplicación del presente Acuerdo o por una misión diplomática u oficina consular alemanas únicamente respecto a los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades especificados en el párrafo 1, frase 3, números 2, 3 y 4. La inmunidad contra todo proceso judicial conforme al párrafo 1, frase 3, número 2, no se aplicará en caso de una violación del reglamento de tráfico vial por parte de una persona participante en el caso de un daño ocasionado por un vehículo de motor que sea propiedad de la persona participante o que haya sido conducido por ella. Las frases 1 y 2 también se aplicarán a aquellas personas participantes que en el ámbito de aplicación del presente Acuerdo sean residentes permanentes.

Artículo 26

Respeto de las leyes, cooperación con las autoridades competentes

(1) Sin perjuicio del presente Acuerdo, la Fundación y todas las personas que gocen de privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades de conformidad con el mismo, tendrán el deber de respetar las leyes y reglamentos vigentes en la República Federal de Alemania. Asimismo, tendrán el deber de no inmiscuirse en los asuntos internos de la República Federal de Alemania.

(2) El Gobierno habrá de procurar que la Fundación coopere en todo momento con las autoridades competentes a fin de facilitar la adecuada administración de justicia, asegurar el cumplimiento de los reglamentos en materia de seguridad y orden públicos y evitar todo abuso relacionado con los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades concedidos conforme al presente Acuerdo.

Artículo 27

Bandera y emblema

La Fundación tendrá el derecho de exhibir su bandera y emblema en los locales y vehículos que utilice para sus actividades oficiales.

Artikel 28**Beilegung von Streitigkeiten**

(1) Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden, soweit möglich, durch die beiden Vertragsparteien beigelegt.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so kann jede Vertragspartei verlangen, dass die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt wird.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei einen Schiedsrichter bestellt und beide Schiedsrichter sich auf einen Vorsitzenden einigen, der von beiden Vertragsparteien gemeinsam bestellt wird. Die Schiedsrichter werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 Satz 2 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Ständigen Schiedshof (PCA) bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Sitz des Schiedsgerichts ist Hamburg.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den Vertragsparteien bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Sein Schiedsspruch ist bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Schiedsrichters sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann im Hinblick auf den Ausgang des Verfahrens eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 29**Einhaltung der Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen; Maßnahmen bei Missbrauch**

(1) Die in Artikel 20 Absatz 6 des Übereinkommens gewährte Befreiung der Bediensteten von den nationalen Steuern auf die von der Stiftung gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge bleibt durch dieses Abkommen unberührt.

(2) Der Geschäftsführende Direktor trifft alle Vorkehrungen, um sicherzustellen, dass kein Missbrauch der durch dieses Abkommen verliehenen Vorrechte oder Immunitäten stattfindet, und erlässt zu diesem Zweck die für notwendig und zweckmäßig erachteten Regeln und Vorschriften für die Bediensteten und die anderen dafür in Betracht kommenden Personen. Sollte die Re-

Article 28**Settlement of Disputes**

(1) Any dispute between the Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by the two Parties themselves.

(2) If a dispute cannot be settled in this way, either Party may request that the dispute be submitted to an arbitral tribunal for its decision.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted ad hoc with each Party appointing an arbitrator and the two arbitrators agreeing on a chairperson who is to be appointed jointly by the two Parties. The arbitrators shall be appointed within two months, and the chairperson within three months, from the date on which one of the Parties has informed the other that it wishes to submit the dispute to an arbitral tribunal.

(4) If the periods referred to in paragraph (3) sentence 2 have not been observed, either Party may, in the absence of any other agreement, request that the Permanent Court of Arbitration (PCA) make the necessary appointments.

(5) The seat of the arbitral tribunal shall be Hamburg.

(6) The arbitral tribunal shall decide by a majority of votes on the basis of the existing agreements between the Parties and general international law. Its decision shall be binding. Each Party shall bear the costs of its arbitrator and its representation in the proceedings before the arbitral tribunal; the costs of the chairperson and the other costs shall be borne equally by the two Parties. The arbitral tribunal may reach an alternative determination concerning costs having regard to the outcome of the proceedings. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

Article 29**Compliance with Privileges, Immunities, Exemptions and Facilities; Measures in the Event of Abuse**

(1) This Agreement shall be without prejudice to the exemption enjoyed by Officials from national taxes on salaries and other emoluments paid by the Foundation under Article 20 (6) of the Constituent Agreement.

(2) The Executive Director shall take all measures to ensure that there is no abuse of the privileges and immunities granted by this Agreement and, to this end, shall lay down such rules and regulations as are deemed necessary and appropriate for the Officials and other relevant individuals. If the Government considers that the privileges or immunities granted by this Agreement have

Artículo 28**Solución de controversias**

(1) Toda controversia entre las Partes relativa a la interpretación o aplicación del presente Acuerdo serán resueltas, en la medida de lo posible, entre ambas Partes.

(2) En caso de que una controversia no se solucione por esta vía, cada una de las Partes podrá exigir que la controversia sea referida a un tribunal arbitral a fin de ser solucionada.

(3) El tribunal arbitral se conformará *ad hoc*, nombrando cada Parte a un árbitro y designando ambos árbitros de común acuerdo a un presidente, el cual será nombrado conjuntamente por ambas Partes. Los árbitros se nombrarán en un plazo de dos meses y el presidente, en un plazo de tres meses, contados a partir de la fecha en que una de las Partes haya informado a la otra Parte que desea referir la controversia a un tribunal arbitral.

(4) En caso de que no se respeten los plazos especificados en el párrafo 3, frase 2, a falta de algún otro acuerdo, cada Parte podrá solicitar a la Corte Permanente de Arbitraje (CPA) que efectúe las designaciones necesarias.

(5) El tribunal arbitral tendrá su sede en Hamburg.

(6) El tribunal arbitral decidirá por mayoría de votos en virtud de los acuerdos existentes entre las Partes y del derecho internacional general. Su laudo será vinculante. Cada Parte asumirá los gastos de su árbitro y su representación en el procedimiento ante el tribunal arbitral; los gastos del presidente y los demás gastos serán asumidos por ambas Partes a partes iguales. El tribunal arbitral podrá adoptar arreglos alternativos respecto a los gastos habida cuenta del resultado del procedimiento. Por lo demás, el tribunal arbitral regulará su propio procedimiento.

Artículo 29**Respeto de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades; medidas en caso de abuso**

(1) No se verá afectada por el presente Acuerdo la exención concedida a los funcionarios en virtud del artículo 20, párrafo 6, del Acuerdo Constitutivo con respecto a los impuestos nacionales sobre los sueldos y otras remuneraciones pagados por la Fundación.

(2) El Director Ejecutivo adoptará todas las medidas para asegurar que no exista ningún abuso respecto a los privilegios e inmunidades otorgados mediante el presente Acuerdo y dictará, con este fin, las normas y reglamentos que se consideren necesarios y pertinentes para los funcionarios y las demás personas en cuestión. En caso de que el Gobierno considere que se ha

gierung der Auffassung sein, dass die durch dieses Abkommen verliehenen Vorrechte oder Immunitäten missbraucht wurden, berät sich der Geschäftsführende Direktor auf Anfrage mit den zuständigen Behörden, um festzustellen, ob ein solcher Missbrauch stattgefunden hat. Wenn diese Beratungen zu keinem zufriedenstellenden Ergebnis führen, wird die Angelegenheit nach dem in Artikel 28 festgelegten Verfahren entschieden.

(3) Die Regierung hat über das Fortbestehen der Voraussetzungen der nach diesem Abkommen gewährten Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen zu wachen und die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, wenn sie einen Missbrauch feststellt.

(4) Im Falle der Beendigung der Gewährung von Vorrechten, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen werden die Bestimmungen des Wiener Übereinkommens herangezogen.

Artikel 30

Geltung und Auslegung

(1) Dieses Abkommen gilt für alle darin vorgesehenen Personen, unabhängig davon, ob die Regierung mit dem Staat, dessen Staatsangehörigkeit eine solche Person besitzt, diplomatische Beziehungen unterhält oder nicht, und unabhängig davon, ob der Staat, dessen Staatsangehörigkeit eine solche Person besitzt, Mitgliedern diplomatischer Missionen oder Staatsangehörigen der Bundesrepublik Deutschland ähnliche Vorrechte oder Immunitäten gewährt.

(2) Dieses Abkommen ist im Hinblick auf seinen vorrangigen Zweck auszulegen, der darin besteht, der Stiftung die vollständige, effiziente, uneingeschränkte und wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

Artikel 31

Änderung

Dieses Abkommen kann jederzeit auf Ersuchen einer Vertragspartei im gegenseitigen Einvernehmen geändert werden.

Artikel 32

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Stiftung mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der Mitteilung.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Es ist hinsichtlich seiner Geltungsdauer an das Übereinkommen gebunden und tritt an dem Tag außer Kraft, an dem das Übereinkommen für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

been abused, the Executive Director shall, upon request, consult with the competent authorities to determine whether such an abuse has occurred. If the outcome of these consultations is not satisfactory, the matter shall be decided in accordance with the procedure laid down in Article 28.

(3) The Government must monitor whether the conditions on which the privileges, immunities, exemptions and facilities are accorded under this Agreement continue to be fulfilled and must take the necessary action if it determines any abuse.

(4) The provisions of the Vienna Convention shall apply if the privileges, immunities, exemptions and facilities are no longer accorded.

Article 30

Application and Interpretation

(1) This Agreement shall apply to all individuals provided for therein, regardless of whether or not the Government maintains diplomatic relations with the State whose nationality such an individual holds, and regardless of whether or not that State accords similar privileges or immunities to members of diplomatic missions or nationals of the Federal Republic of Germany.

(2) This Agreement shall be interpreted in the light of its primary purpose, which is to enable the Foundation to perform its functions fully, efficiently and effectively, without hindrance.

Article 31

Amendment

This Agreement may be amended at any time by mutual agreement at the request of either Party.

Article 32

Final Provisions

(1) This Agreement shall enter into force on the date on which the Government has informed the Foundation that the national requirements for such entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the communication is received.

(2) This Agreement shall be concluded for an unlimited period. It shall be linked to the Constituent Agreement with respect to its duration and shall expire on the date on which the Constituent Agreement expires for the Federal Republic of Germany.

abusado de los privilegios e inmunidades otorgados en virtud del presente Acuerdo, el Director Ejecutivo consultará, cuando se le solicite, con las autoridades competentes a fin de determinar si se ha producido dicho abuso. En caso de que dichas consultas no conduzcan a un resultado satisfactorio, el asunto se decidirá conforme al procedimiento establecido en el artículo 28.

(3) El Gobierno habrá de vigilar que se sigan cumpliendo los requisitos para la concesión de los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades conforme al presente Acuerdo y habrá de adoptar las medidas necesarias en caso de que determine que ha habido un abuso.

(4) En el caso de que los privilegios, inmunidades, exenciones y facilidades dejen de ser concedidos se aplicarán las disposiciones de la Convención de Viena.

Artículo 30

Aplicación e interpretación

(1) El presente Acuerdo se aplicará a todas las personas establecidas en él, independientemente de si el Gobierno mantiene relaciones diplomáticas con el país cuya nacionalidad posee la persona en cuestión o no, e independientemente de si el país cuya nacionalidad posee la persona en cuestión concede a los miembros de las misiones diplomáticas o a los nacionales de la República Federal de Alemania privilegios e inmunidades similares o no.

(2) El presente Acuerdo habrá de interpretarse en función de su objetivo principal, el cual consiste en permitir a la Fundación el desempeño íntegro, eficiente, eficaz y sin restricciones de sus tareas.

Artículo 31

Enmienda

El presente Acuerdo podrá ser enmendado en todo momento, por mutuo consentimiento, a petición de cualquiera de las Partes.

Artículo 32

Disposiciones finales

(1) El presente Acuerdo entrará en vigor en la fecha en que el Gobierno haya comunicado a la Fundación que se han cumplido los requisitos internos para su entrada en vigor. A tales efectos será determinante la fecha de recepción de la comunicación.

(2) El presente Acuerdo se concluye por un periodo de tiempo indefinido. En lo que respecta a su duración, el presente Acuerdo estará vinculado al Acuerdo Constitutivo y dejará de regir en la fecha en que deje de regir el Acuerdo Constitutivo para la República Federal de Alemania.

(3) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung veranlasst. Die Stiftung wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

Geschehen zu Berlin am 11. Mai 2023 in zwei Urschriften, jede in deutscher, englischer und spanischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(3) The registration of this Agreement with the Secretariat of the United Nations, in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations, shall be initiated by the Government immediately following its entry into force. The Foundation shall be informed of the registration, and of the UN registration number, as soon as this has been confirmed by the Secretariat of the United Nations.

Done at Berlin on 11 May 2023, in duplicate in the German, English and Spanish languages, all three texts being equally authentic.

(3) Inmediatamente después de la entrada en vigor del presente Acuerdo, el Gobierno procederá a su registro en la Secretaría de las Naciones Unidas de conformidad con el Artículo 102 de la Carta de las Naciones Unidas. La Fundación será informada de que ha tenido lugar dicho registro proporcionándosele el número de registro de las Naciones Unidas tan pronto como se haya recibido confirmación por parte de la Secretaría de las Naciones Unidas.

Hecho en Berlin, el 11 de mayo 2023, en dos ejemplares, en alemán, inglés y español, siendo los tres textos igualmente válidos.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
For the Government of the Federal Republic of Germany
Por el Gobierno de la República Federal de Alemania

Dr. Tobias Lindner

Für die Internationale EU-LAK-Stiftung
For the EU-LAC International Foundation
Por la Fundación Internacional UE-ALC

Dr. Adrián Bonilla

Denkschrift

Allgemeines

Das in Berlin am 11. Mai 2023 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Internationalen EU-LAK-Stiftung über den Sitz der Internationalen EU-LAK-Stiftung (im Folgenden: Sitzabkommen) dient der Regelung der Rechtsstellung der Stiftung, insbesondere hinsichtlich bestimmter Vorrechte und Immunitäten, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Aufgaben wirksam wahrzunehmen und den Sitz der Stiftung in Hamburg festzulegen.

Der Abschluss eines Sitzabkommens war bereits in Artikel 20 Absatz 2 des Übereinkommens vom 25. Oktober 2016 zur Errichtung der Internationalen EU-LAK-Stiftung (im Folgenden: Übereinkommen) angelegt, in dem auch die Freie und Hansestadt Hamburg als Sitz der EU-LAK-Stiftung bestätigt wurde.

Das Sitzabkommen steht mit dem am 6. Dezember 2019 in Kraft getretenen Gaststaatgesetz (im Folgenden: GastStG) in Einklang. Die Verordnung zu dem Sitzabkommen schafft die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten.

Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 dient der Bestimmung von Begriffen.

Zu Artikel 2

Artikel 2 legt Zweck und Geltungsbereich des Sitzabkommens fest, das der Regelung der Rechtsstellung der Stiftung dienen soll, insbesondere hinsichtlich bestimmter Vorrechte und Immunitäten.

Zu Artikel 3

Artikel 3 legt Rechtspersönlichkeit und Rechtsfähigkeit der Stiftung als Internationale Organisation im Sinne von § 3 GastStG fest.

Zu Artikel 4

Artikel 4 legt die Freie und Hansestadt Hamburg als Sitz der Stiftung fest.

Zu Artikel 5

In Artikel 5 legt das Sitzabkommen die Unverletzlichkeit des Sitzgeländes fest. Für zeitweilige Tagungen der Stiftung gilt jeder dafür genutzte Standort in Deutschland für diese Zeit als Teil des Sitzgeländes.

Zu Artikel 6

Das Sitzgelände untersteht der Autorität und Kontrolle der Stiftung. Auf dem Sitzgelände gelten die Gesetze und sonstigen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland. Die Stiftung ist befugt, Vorschriften zu erlassen, die auf dem gesamten Sitzgelände gelten. Die Arbeitsverträge

der Bediensteten sowie von Hausangestellten des Geschäftsführenden Direktors und der Bediensteten werden nach deutschem Recht gestaltet. Die Stiftung gewährleistet einen den Garantien der Konvention des Europarates zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten zumindest gleichwertigen arbeitsrechtlichen Schutz.

Zu Artikel 7

Die Archive und alle Unterlagen der Stiftung, die ihr gehören oder von ihr verwendet werden, sind unverletzlich.

Zu Artikel 8

Die Sicherheit des Sitzgeländes wird von den zuständigen Behörden sichergestellt und ein angemessener Schutz wird gewährleistet. Auf Ersuchen des Geschäftsführenden Direktors der Stiftung stellen Polizeikräfte Recht und Ordnung auf dem Sitzgelände wieder her.

Zu Artikel 9

Die Stiftung übernimmt nach Maßgabe des innerstaatlichen deutschen Rechts Haftung für Schäden, die auf ihre Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland zurückzuführen sind.

Zu Artikel 10

Die Stiftung schließt eine Haftpflichtversicherung mit einem in der Bundesrepublik Deutschland zum Geschäftsbetrieb befugten Versicherungsunternehmen ab, welche die Haftung für jegliche durch die Tätigkeit der Stiftung oder die Nutzung der Räumlichkeiten entstandenen Schäden abdeckt.

Zu Artikel 11

Die Stiftung, ihre Gelder, Guthaben und sonstigen Vermögenswerte genießen Immunität vor der Gerichtsbarkeit. Das Vermögen und die Guthaben der Stiftung sind von Beschränkungen, Regelungen, Kontrollen oder Stillhaltemaßnahmen jeder Art befreit.

Zu Artikel 12

Entsprechend Artikel 20 Absatz 5 des Übereinkommens ist die Stiftung im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeit bereits von direkten Steuern befreit. Im Sitzabkommen wird nun für Deutschland klargestellt, welche Steuern insbesondere umfasst sind, nämlich die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Grundsteuer, Grunderwerbsteuer und Kraftfahrzeugsteuer. Die Befreiung umfasst auch die Besteuerung von Versicherungen der Stiftung für Gebäude, deren Inventar und ihre Dienstfahrzeuge.

Zu Artikel 13

Die Stiftung ist von der Umsatzsteuer befreit bzw. wird vom Bundeszentralamt für Steuern für gezahlte Umsatzsteuer vergütet.

Zu Artikel 14

Auch von den besonderen Verbrauchsteuern ist die Stiftung befreit bzw. wird hierfür vergütet.

Zu Artikel 15

Die Stiftung, ihre Gelder, Guthaben sowie Veröffentlichungen und audiovisuellen Medien sind von allen Zöllen, Verboten und Beschränkungen hinsichtlich der Ein- und Ausfuhr befreit.

Zu Artikel 16

Im amtlichen Nachrichtenverkehr ist die Stiftung hinsichtlich ihrer Behandlung den diplomatischen Missionen in der Bundesrepublik Deutschland gleichgestellt. Dies gilt für Einrichtung, Betrieb, Prioritäten, Tarife und Gebühren.

Zu Artikel 17

Die Bediensteten der Stiftung und deren unmittelbare Angehörige sind von dem Erfordernis eines Aufenthaltstitels befreit. Es gilt § 27 Absatz 3 der Aufenthaltsverordnung. Sie benötigen keine Arbeitserlaubnis für ihre Tätigkeit für die Stiftung.

Zu Artikel 18

Die Stiftung ist verpflichtet, das Auswärtige Amt über den Dienstantritt ihrer Bediensteten und deren Ausscheiden aus dem Dienst zu unterrichten. Sie übermittelt einmal pro Jahr eine Aufstellung über die Bediensteten und deren Angehörige und gibt dabei an, ob die Person die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Eine weitere Aufstellung, die auch die an die Bediensteten sowie die an die Empfänger von Altersbezügen geleisteten Zahlungen beinhaltet, ist an das Bundesministerium der Finanzen zu übermitteln.

Zu Artikel 19

Die Bediensteten der Stiftung unterliegen den deutschen Vorschriften über die Versicherungspflichten in der gesetzlichen und privaten Krankenversicherung, Unfall- und Rentenversicherung und der sozialen und privaten Pflegeversicherung. Von dieser Verpflichtung können Ausnahmen bestehen, unter anderem bei Zugehörigkeit zu einem System der sozialen Sicherheit der Stiftung oder demjenigen einer anderen internationalen Organisation, wenn hierzu eine Prüfung nach § 19 Gaststaatgesetz erfolgt ist.

Zu Artikel 20

Unmittelbare Angehörige eines Bediensteten der Stiftung haben unbeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Die Erteilung von Visa für Hausangestellte von Bediensteten der Stiftung richtet sich nach europäischem und deutschem Recht.

Zu Artikel 21

Die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis für Bedienstete der Stiftung mit einem Aufenthalt in Deutschland von fünf Jahren richtet sich nach europäischem und nationalem Recht.

Zu Artikel 22

Die Vertreter der Mitglieder der Stiftung, die in der Bundesrepublik Deutschland wohnen und nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, genießen die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die den in vergleichbarem Rang stehenden Diplomaten in der Bundesrepublik Deutschland akkreditierter diplomatischer Missionen nach dem Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen (BGBl. 1964 II S. 958) gewährt werden. Dies gilt nicht für steuerliche Privilegien.

Zu Artikel 23

Die Bediensteten genießen ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit die Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen, die in den Artikeln V und VII des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen vorgesehen sind. Die Befreiung der Bediensteten von den nationalen Steuern auf die von der Stiftung gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge richtet sich nach Artikel 20 Absatz 6 des Übereinkommens (siehe dazu Artikel 29).

Zu Artikel 24

Sachverständigen im Auftrag können durch Vereinbarung zwischen Stiftung und Regierung auch noch zusätzliche Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden, die in den Artikeln VI und VII des Übereinkommens vom 13. Februar 1946 über die Vorrechte und Immunitäten der Vereinten Nationen vorgesehen sind. Steuerliche Privilegien können nicht gewährt werden.

Zu Artikel 25

Auch Personen, die an Kongressen, Seminaren oder ähnlichen Veranstaltungen, die von der Stiftung ausgerichtet werden, teilnehmen, können bestimmte Vorrechte, Immunitäten, Befreiungen und Erleichterungen gewährt werden.

Zu Artikel 26

Die Stiftung ist dazu verpflichtet, die in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften zu beachten; sie ist ferner verpflichtet sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik Deutschland einzumischen. Die Regierung hat darauf hinzuwirken, dass die Stiftung jederzeit mit den zuständigen Behörden zusammenarbeitet.

Zu Artikel 27

Die Stiftung ist berechtigt an ihren Räumlichkeiten und an den Fahrzeugen, die sie für ihre amtlichen Tätigkeiten benutzt, Flagge und Emblem zu zeigen.

Zu Artikel 28

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien sind soweit möglich durch die beiden Parteien beizulegen. Ist dies nicht möglich, kann jede Vertragspartei verlangen, dass die Streitigkeit einem Schiedsgericht zur Entscheidung vorgelegt wird. Dieses wird von Fall zu Fall gebildet und entscheidet bindend.

Zu Artikel 29

Die in Artikel 20 Absatz 6 des Übereinkommens gewährte Befreiung der Bediensteten von den nationalen Steuern auf die von der Stiftung gezahlten Gehälter und sonstigen Bezüge bleibt durch das Sitzabkommen unberührt. Der Geschäftsführende Direktor stellt sicher, dass kein Missbrauch der durch dieses Abkommen verliehenen Vorrechte oder Immunitäten erfolgt.

Zu Artikel 30

Das Sitzabkommen gilt für alle darin vorgesehenen Personen, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit. Die Auslegung des Sitzabkommens erfolgt im Hinblick darauf, der Stiftung die vollständige, effiziente, uneingeschränkte und wirksame Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu ermöglichen.

Zu Artikel 31

Änderungen des Sitzabkommens können jederzeit auf Ersuchen einer Vertragspartei erfolgen.

Zu Artikel 32

Das Sitzabkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Bundesregierung der Stiftung mitgeteilt hat, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Das Sitzabkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen und ist hinsichtlich seiner Geltungsdauer an das Übereinkommen gebunden. Die Registrierung des Sitzabkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung veranlasst.